

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Einzelne Exemplare in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 4709.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Provinz- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Insetz für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Deuth-Strasse 2.

Freitag, den 23. Juni 1893.

Expedition: SW. 19, Deuth-Strasse 3.

Wähler! Auf zur Stichwahl! Wählt die Kandidaten der Sozialdemokratie!

I. Wahlkreis:

Schneidermeister **August Täterow.**

II. Wahlkreis:

Schriftseher **Richard Fischer.**

III. Wahlkreis:

Stadtverordneter **Ewald Vogtherr.**

V. Wahlkreis:

Klavierarbeiter **Robert Schmidt.**

Nieder-Barnim.

Stadtverordneter **Arthur Stadthagen.**

Teltow-Beeskow-Charlottenburg:

Gastwirth **Fritz Zubeil.**

Wahlberechtigt ist jeder, der in die Wählerliste eingetragen ist, auch wenn er bei der Hauptwahl nicht mitgewählt hat. Rein Wahlberechtigter darf der Urne fernbleiben! Auf jede Stimme kommt's an.

Brief aus Oesterreich.

Wien, 20. Juni.

Unsere deutschen Genossen machen sich kaum eine Vorstellung davon, mit welcher Spannung die Wahlergebnisse in Deutschland hier erwartet und mit welcher Begeisterung sie aufgenommen wurden. In diesen Tagen ist es wieder allen zum Bewußtsein gekommen und zwar nicht nur uns Sozialdemokraten, sondern allen Kreisen der Bevölkerung daß Deutschland und Oesterreich ein Kulturgebiet bilden.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

17

Die Fabriklerin.

Erzählung aus dem schweizerischen Volksleben von einem Baseler Arbeiter.

Wider Erwarten hatte sich Maurer's Stellung in der Fabrik nicht wesentlich verschlimmert. Wohl fühlte er, daß er infolge der Anschwärmungen Faber's unter peinlicher Kontrolle stand. Allein diese hatte Maurer durchaus nicht zu fürchten, da er sich auch nicht das Geringste zu schulden kommen ließ, daß man ihm hätte zum Vorwurf machen können.

Seinem Standpunkte blieb er freilich nach wie vor treu, doch war er klug genug, dabei Faber eine Nase zu brechen; dieser fand denn auch in den nächsten Wochen zu seinem Leidwesen keine Gelegenheit, seinem Vorgesetzten neue Thatsachen zu melden. Der Zufall sollte Faber freilich bald genug in die Hände spielen und die unvermeidliche Krisis beschleunigen.

Das Verhältnis Maurer's zu Rosa war inzwischen ein recht inniges geworden und im Dorfe betrachtete man sie bereits als Verlobte. Und in der That sah man das schmucke Pärchen bereits Abend für Abend beisammen und wer die glückstrahlenden Augen der beiden sah, der konnte nicht länger daran zweifeln, daß sich ihre Herzen gefunden hatten.

Seider hatte sich Maurer durch sein Verhältnis zu Rosa weitere gehässige Reider geschaffen, denn die Dorf-

und daß die Schlachten, die in Deutschland geschlagen werden, auch die Lage der Dinge in Oesterreich entscheiden. Bei den Parteigenossen war begreiflicher Weise die Spannung auf das Wahleresultat die allergrößte. Als Beispiel sei erzählt, daß in der Nacht des 15. Juni so ziemlich in allen Bezirken Wiens die Genossen bis gegen Morgen beisammen blieben und sich die sehr spät einlangenden Telegramme von einer Zentrale aus telephoniren ließen. Als die Berliner Biffen kamen, nahm der Jubel kein Ende. Sehr bezeichnend ist auch die Haltung der österreichischen liberalen Presse zu den Wahlen und zur Militärvorlage überhaupt. Der österreichische Liberalismus ist ein abgestandener und verfallener Absurd des deutschen Freisinn, und die Richter und Konsorten sind geradezu antike Helden gegen unsere Plener und Chlumetzky. Den Kampf gegen den Militarismus auch nur in der lahmen und zahmen Weise der Freisinnigen versteht man in Oesterreich nicht, im Gegentheil sucht die deutsch-liberale Partei durch die denkbar ekelhafteste Kriecherei, durch einen Byzantinismus, für dessen Widerwärtigkeit ein deutsches Wort fehlt, ihre Wiedererhebung in die politische Macht bei der Krone zu erreichen. Alle Politik löst sich bei den Bourgeoispartei Oesterreichs auf in Schweißnedelei im Vorzimmer des Monarchen und in Versuche, jene Machtgruppe von böhmischen und polnischen Landlords auf ihre Seite zu bringen. Um diese geht der Streit. Junggehehen wie Deutschliberale buhlen um die Gunst der feudalliberalen Gruppe Schwarzenberg. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß für unsere Liberalen der Militarismus ein Kleinlein Nahrungsmittel ist. Die österreichische Regierung, welche überdies alle Konflikte scheut und am Liebsten alles, was sie will, in „gemüthlicher“ Weise verlangsamt und durchsetzt, hat auch ihre militärischen Forderungen nicht in eine große Armeereorganisation zusammengefaßt, sondern in Oesterreich verzehrt der Moloch Militarismus das Gut des Volkes ratenweise. Alle Jahre rückt das Armeebudget um 5-10 Millionen in die Höhe, und wegen einer solchen Kleinigkeit wagt es auch die sogenannte Opposition nicht, sich bei der Regierung irgendwie unangenehm zu machen. Dem österreichischen Liberalismus, dem Abg. Rikert erst vor wenigen Wochen in dem Interview mit Hermann Vahr ein Schutz- und Trutzbündniß mit dem Freisinn vorgeschlagen hat, war die Opposition Eugen Richter's gegen die Militärvorlage höchst unangenehm, weil er fürchtete, daß seine Doffähigkeit unter dem schlechten Rufe seiner Freunde in Deutschland leiden würde. Daher ermahnte die „Neue Freie Presse“ in unzähligen Leitartikeln die Freisinnigen, ihren harten Sinn zu erweichen, und erklärte ihre Stellungnahme gegen den Militarismus für einen politischen Fehler. Also nicht die 25 000 Mann, welche Richter bewilligte, sondern die 11 000 Mann, welche er verweigerte, diese waren den österreichischen Liberalen der Stein des Anstoßes. Und nun die glorreiche Reichstagswahl die Richterei vernichtet hat, jammern alle unsere liberalen Blätter ebensowohl

über den hereinbrechenden Weltuntergang, wie über die Prinzipienreiterei ihrer deutschen Parteigenossen. Es ist höchst bezeichnend, daß kein Wort so ungetheilten Beifall bei den österreichischen Liberalen gefunden hat, als das Birchow's am Abend des 15. Juni, daß der Kampf des Liberalismus nun nicht mehr gegen den Militärstaat, sondern gegen den Zukunftsstaat gerichtet sein müsse. Bezeichnend für die Rolle, die in der österreichischen Politik die spezifischen Interessen des Judenthums spielen, ist, daß die „Neue Freie Presse“ für ein Bündniß aller Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokratie plädiert, mit der einzigen Bedingung, daß die Antisemiten davon ausgeschlossen werden.

Sämmtliche bürgerlichen Parteien empfinden den Sieg der deutschen Sozialdemokratie als ihre eigene Niederlage, und der Jeremiaden ist kein Ende. Ebenso aber fühlt sich die österreichische Sozialdemokratie durch den Ausfall der deutschen Wahlen gestärkt und gehoben. Niemals aber war ihr diese Hilfe von außen wichtiger als heute. Denn wir stehen in einem ersten Kampfe, der, wenn auch vorausichtlich von langer Dauer, sich möglicherweise bald akut zuspitzen kann. Schon nach den belgischen Ereignissen, und noch mehr am Abend des ersten Mai war es jedem Sehenden klar, daß nunmehr für das allgemeine Wahlrecht Sturm gelaufen werden müsse. Diese Empfindung war eine so allgemeine, daß es einer besonderen Aufforderung von seiten der sozialdemokratischen Parteivertretung gar nicht bedurfte, um von allen Seiten Kundgebungen für das Wahlrecht anzugehen. Die österreichische Polizei wurde natürlich sofort in Bereitschaft versetzt. Es wurde ein besonderer geheimer Erlaß herausgegeben, daß in Versammlungen die Kämpfe in Belgien überhaupt nicht erwähnt werden dürften, ein Erlaß, der natürlich zu den komischsten Zwischenfällen in den Versammlungen führt. Als nun die Parteivertretung für den Sonntag nach den deutschen Wahlen Manifestations-Versammlungen in allen Kronländern empfahl, und auch für Wien einige große Versammlungen unter freiem Himmel in Aussicht nahm, stieg die polizeiliche Besorgnis ins Unermeßliche. Die Wiener Versammlungen mußten verschoben werden, da nach unserem famosen Gesetz am Ort und zur Zeit, wo Parlament oder Delegation Sitzungen haben, Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden dürfen. Aber mehr als 30 Versammlungen wurden mit der größten Begeisterung, mit einer Massenbetheiligung, wie nie zuvor in Oesterreich, abgehalten. Nur in Prag und in Brünn verbot die Polizei die Versammlungen, und zwar augenscheinlich deshalb, weil die Herren schon im Verbotene junggehehen Meetings drin waren und wahrscheinlich, und mit Recht, fürchteten, daß in diesen Versammlungen auch von dem junggehehen Antrag auf allgemeines Wahlrecht gesprochen würde. Aber es zeigte sich, daß die Zeiten vorbei sind, wo man in Oesterreich mit dem Versammlungsrecht umspringen kann wie einst. Im Kanallischen Garten in Prag kamen etwa 5000, auf dem Weißen Berg bei Brünn über 20 000 Personen zusammen, und als die Polizei den Platz mit der in Oesterreich üblichen Ver-

burschen betrachten es vielerorts als eine Schmach, wenn ihnen ein Dorfmadchen von einem „Fremden“ weggeschleppt wird und es entstehen deswegen oft die blutigsten Fändel.

Daß auch die Buchegger nach dieser Seite hin leicht empfindlich waren, daß sollte Maurer bald genug erfahren.

Eines Sonntags hatte Maurer mit Rosa und ihrer Mutter einen Spaziergang nach „Scharfegg“, einer kleinen Bauernwirthschaft, welche ungefähr eine halbe Stunde vom Dorfe entfernt in einem Seitenthälchen lag, verabredet und auch den Buchligen, mit dem er sich schnell befreundet hatte, dazu eingeladen.

Es war ungefähr 8 Uhr Nachmittags, als die kleine Gesellschaft langsam und in fröhlicher Stimmung den einem Bache entlang führenden Weg nach „Scharfegg“ dahinschwandelte.

Während die beiden Liebenden Hand in Hand und mehr mit sich selbst beschäftigt vorausgingen, blieben Rosa's Mutter und Karl da und dort stehen, sei es, um einen äppig stehenden Kornacker zu betrachten, oder einen schwer beladenen Obstbaum zu bewundern, denn der Stand der Kulturen war dies Jahr ein ausgezeichnetes und ließ auf ein gutes Jahr schließen.

Nur zu schnell erreichten sie die kleine, von herrlichen Obstbäumen umgebene Wirthschaft, aus welcher ihnen bereits lauter Gesang entgegenlachte.

In der Wirthsstube wartete ihrer jedoch kein angenehmer Anblick, denn derjenige, welcher dort inmitten einer Gruppe trahlender junger Burschen saß, war niemand anders als Maurer's heimlichlicher Gegner, Arnold Faber. Gerne wäre Maurer wieder umgekehrt, wenn er nicht

befürchtet hätte, daß dies von Faber als Feigheit wäre ausgelegt worden. Einem solchen Verdacht wollte er sich jedoch am allerwenigsten ausgesetzt wissen und so trat er dann mit dem üblichen Gruße über die Schwelle und nahm mit seiner Gesellschaft an einem noch leer stehenden Tische Platz, der rasch herbeileidenden Wirthin eine Flasche „Guten“ bestellend.

Als diese mit dem Gewünschten herbeikam, setzte sie sich eine Weile zu ihren Gästen und bald war man in ein eifriges Gespräch vertieft.

An Faber's Tisch war es inzwischen auffallend stille geworden; es entging jedoch Maurer nicht, daß dort irgend etwas im Gange war, denn Faber sprach eifrig in seine Rechenoffen hinein, dazwischen stets nach unserer kleinen Gesellschaft hinüberschielend. Auch nöthigte er seine Kameraden fortwährend zu trinken, indem er ihre Gläser immer wieder auffüllte und Flasche um Flasche kommen ließ.

Es war deshalb nicht zu verwundern, wenn Faber's Rechenoffen nach und nach in eine übermüthige Stimmung geriethen und dabei Maurer zur Zielscheibe ihres Wihes auserkoren zu haben schienen.

Plötzlich erhob sich einer von Faber's Rechenoffen, trat an den von unserer kleinen Gesellschaft besetzten Tisch heran und sprach, indem er Rosa ansaht anstieh:

„Könntest auch was Geseheidteres thun, als mit einem solchen Windbeutel spazieren geben, Mädchen.“

Ein höhnendes Gelächter belohnte ihn von seite seiner Kameraden für die freche Anrede.

Mit Maurer's Gebuld war es nun zu Ende. Aufspringend versetzte er dem Burschen eine solche zünftige Ohrfeige, daß dieser jählings zu Boden stürzte. Dies war nun aber für seine Kameraden das Signal, sich wie ein Rudel Wölfe auf

taftät „säubern“ wollte und die Arbeiter provozierte, kam es zu ersten Verwundungen auf beiden Seiten. Bezeichnend ist der Verlauf der Bremer „Erzesse“. Die verhältnismäßig kleine Zahl von Polizisten konnte an Ort und Stelle gegen die Menge nichts ausrichten und lief davon. Die Arbeiter blieben ruhig, versuchten nicht einmal eine Versammlung abzuhalten, sondern begnügten sich damit, einige Lieber zu fangen und nach einem Hoch auf das allgemeine Wahlrecht wurde der Rückmarsch in die Stadt angetreten. Zwei Eskadronen Dragoner, die am Fuß des Berges aufgestellt waren, ließen sie ungehindert passieren, wie sich das Militär nach unseren Berichten überhaupt weit anständiger betrug als die Polizei. Bei der Olmüher Brücke aber warf sich den friedlich Dahingehenden eine größere Abtheilung Polizisten in den Weg und begann ohne jeden Anlaß mit den Säbeln einzuhauen. Nun verließ die Arbeiter freiwillig die Gegend, ein Steinhaag antwortete auf diese niederträchtige Provokation, und ein Polizei-Inspektor, der besonders heldenhast war, wurde übel zugerichtet. Der Kampf währte ziemlich lange, und erst ein Bataillon Infanterie machte ihm ein Ende, indem bei seinem Erscheinen sowohl Polizisten als Arbeiter den Schauplatz ruhig verließen.

Aus diesen Vorfällen, die man voraussichtlich aufhauen und zu Ungunsten unserer Bewegung wird ausbeuten wollen, ergibt sich nur eine Lehre: Die Polizei darf Versammlungen nicht verbieten. Die österreichische Arbeitererschaft ist heute schon zu weit entwickelt, um sich ihr einziges politisches Recht konfiszieren zu lassen. Man darf ruhig sagen, daß alle Versammlungen und die großartigen Demonstrationen in Oesterreich, insoweit sich die Polizei nicht einmischt, mit größter Ruhe und Würde verlaufen, aber ebenso sicher ist, daß man hier auf Gewalt auch mit Gewalt antworten wird, weil man einfach nicht anders kann. Uebrigens erwarten wir, daß die österreichischen Behörden aus diesen Ereignissen klüger geworden, künftige Versammlungen nicht behindern werden. Jedenfalls wird der Kampf um das Wahlrecht mit steigender Energie fortgeführt werden, so oder so.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni.

Der Reichstag ist einberufen zum 4. Juli. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 22. Juni die von Kiel, 21. Juni, datirte kaiserliche Verordnung. Wähler, thut Eure Pflicht und sorgt dafür, daß in den neuen Reichstag keine Kartellmehrheit einzieht! —

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom 22. Juni dem Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrath militärischer Geheimnisse nach den Beschlüssen des Reichstages die Zustimmung erteilt. Ferner ist dem mündlichen Bericht des II. IV. und VII. Ausschusses über den Entwurf eines Gehaltentaxens für die Strecke Holtzenau-Neudöbberitz des Nordostsee-Kanals und dem mündlichen Bericht des IV. Ausschusses über die Vorlage, betreffend die auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Dresden unterzeichnete Uebereinkunft die Zustimmung erteilt worden. —

Eine Lügenlawine. Was in dieser Wahlbewegung wieder zusammengelogen ist, um die Sozialdemokratie zu diskreditiren, das spottet jeder Katalogisierung. Man kann auch darauf verzichten. Wir sind ein solches Verhalten bei unseren Gegnern bereits so sehr gewöhnt, daß uns die alten Praktiken nur noch ein Nadeln abgewinnen. Ein neues von den Gegnern ausgesprochenes Schelmenstücklein wollen wir aber doch zur Erhellung unserer Leser festzuhalten, da es ein Beispiel dafür abgibt, wie lawinenartig die Lügen anschwellen. Schrieb da vor einiger Zeit der ehrsamere „Völkische Zeitung“ ein waderkrämpflicher Stribisag aus Schleswig-Holstein etliche tief sinnige Betrachtungen über die bösbartigen Wahlumtriebe der Sozialdemokraten. Er mußte zu berichten, daß im Wahlkreise Pinneberg 2000 sozialdemokratische Wähler „abkommandirt“ werden sollten, um für den konservativen Kandidaten Graf Moltke zu stimmen, damit dieser und nicht der edele Wabelkrumpf Hänel mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl komme. Natürlich ist auch nicht ein einziger Sozialdemokrat in Pinneberg oder anderswo auf eine solche blödsinnige Idee verfallen; die ganze Uebernützigkeit dieser Verdächtigung erhellt aber daraus, daß in Pinneberg gegründete Aussicht war, unseren Kandidaten Mollenbuhr sofort im ersten Wahlgange durch-

Maurer, welcher sich hinter den nächsten Tisch retirirt hatte, zu stürzen, so daß Rosa und ihre Mutter in lautes Wehklagen ausbrachen. Indes sollten die vom Weine erhitzten Burschen bald genug erfahren, daß Maurer kein leicht zu überwindender Gegner war, denn kaum war der vorderste auf Armeslänge an diesen herangekommen, als er auch schon, von einem wuchtigen Faustschlage getroffen, mit blutender Nase zurücktaumelte. Fast noch schlimmer erging es einem zweiten, welcher soeben, mit einer leeren Flasche bewaffnet, auf Maurer zustürzte und zum verderbenbringenden Schlage ausholte wollte. Dieser erhielt einen solchen Stoß vor die Brust, daß er rücklings über einen Stuhl fiel, bei welchem Anlasse die Flasche in tausend Stücke ging, ohne glücklicherweise jemand zu verletzen. Aber selbst jetzt, nachdem die zwei heißblütigsten der Burschen so gut wie kampfunfähig gemacht waren, wollten diese noch nicht von ihrem Gegner lassen, sondern drangen wüthend noch ungestümer auf diesen ein. In diesem Augenblicke, als die Burschen in einem wirren Durcheinander schimpfend, stuchend und suchtelnd auf Maurer eindrangen, schoß der Wacklige, welcher dem Kampfe so lange unthätig zugehört hatte, wie ein heiliges Donnerwetter in den Räudel hinein und dicht wie ein Hagelwetter fielen seine Stöße, Püffe und Schläge auf die verduhten Burschen herab, und als nun auch Maurer aggressiv vorging, da verging keine halbe Minute und die Stube war leer, denn einem solchen Ansturm vermochten selbst die verwegenssten der Burschen nicht Stand zu halten.

Nachdem schüttesten sich die beiden Sieger die Hände, dann schickten sie sich an, wieder in die Wirthschaft zurückzukehren — sie hatten nämlich die Burschen bis vor die Thüre verfolgt — und nach den beiden Frauen zu sehen. Diese hatten sich indessen nach dem glücklichen Ausgang des Kampfes wieder beruhigt; doch drängte Rosa's Mutter gleichwohl zur Heimkehr, denn man könne nicht wissen, ob

zubringen. Es haben ihm an der absoluten Mehrheit ja tatsächlich nur wenige hundert Stimmen gefehlt. Wir würden denn auch diese phantastische Verleumdung des Kieler Stribisages nicht dem Dunkel entreißen, wenn wir nicht zu unserem Erstaunen in einem Leitartikel der „Times“ über die deutschen Wahlen, also in dem einflussreichsten Organ der englischen Bourgeoisie, folgende unversorgene Behauptung gelesen hätten: „Die Sozialdemokraten haben das Wahlverfahren (die in England unbefangenen Stichwahlen) geübt auszunutzen verstanden, indem sie in mehreren Wahlkreisen eine Anzahl Wähler abkommandirten, um für den konservativen Kandidaten zu stimmen, damit dieser und nicht der freisinnige mit dem ihrigen in die Stichwahl komme.“ Ob sich der Schreiber dieses Blödsinns, vermuthlich der Berliner Nachrichtenchroniker des „Weltblatts“, dabei wohl irgend etwas gedacht hat? Aber ein hübscher Beweis ist's doch, wie so eine Lüge, wenn sie von Kiel bis nach London rollt, lawinenartig anschwellen kann. —

Stimmungsmache. Das offiziöse Wolffsche Telegraphen-Bureau läßt sich aus Berlin melden, daß die Reichsregierung beschloßen habe, wegen der Erfolge der Agrarier bei den Reichstagswahlen, sowie wegen des Bestrebens, den dringenden Fortschritten der Sozialdemokratie auf dem platten Lande erfolgreich entgegenzutreten, die ländlichen Interessen durch gesetzgeberische Maßregeln zu fördern. Die „ländlichen“ Interessen sind natürlich die Interessen der großen Schnapsbrenner, Kornproduzenten und Zuckerrübenproduzenten, beileibe nicht die der Landarbeiter und Kleinbauern. Doch was thut's, zu der Stichwahl läßt sich doch wohl noch dieser oder jener Kleinbäuerliche Stempel durch den Röder der Berücksichtigung ländlicher Interessen für die Militärvorlage und seinen Kartellkandidaten begeistern. —

Sozialistengesetz in Sicht! Der von Jedlich, Oberstaatsanwalt und freikonservativer Landbote, orakelt im „Deutschen Wochenblatt“ davon, daß die Aufgabe nicht abzuweisen sei, wirksamere Schutzdämme gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie zu errichten, als dies bisher geglikt ist. Die Lösung dieser Aufgabe liegt natürlich nicht der Regierung allein ob, in dessen ist sie doch in erster Linie daran betheiligt. Die Reaktion treibt heuer ihr ledes Spiel offen und unverstört. Der 24. Juni wird die Antwort geben. —

Eine offensichtliche Ausflucht ist die neueste Darlegung der „Kreuz-Zeitung“, wonach der Finanzminister Miquel in der 12. Kommission des Herrenhauses über die Reichs-Erbchaftsteuer „nur“ gesagt haben soll, „seines Wissens werde sie von den verbündeten Regierungen bisher nicht erwogen“. Kommt durch die Stichwahl eine Kurrah-Mehrheit zu stande, dann wird nur Eines von der Regierung erwogen: Steigerung der auf der Volksmasse ruhenden Last indirekter Steuern. Nur Stempel geben den offiziösen Vogelstellern ins Garn der Verheißung direkter Steuern. —

Die „Magdeburgische Zeitung“, das Organ der Schacher- und Kompromisspartei, rumpelt die Sozialdemokratie an, weil sie der Reaktion nicht den Gefallen thut, ihr bei den Stichwahlen durch eine falsche Taktik Vorspanndienste zu leisten. Aus dem zischenden Ingrimus des Organs der Zuckerrüben läßt sich mit erfreulicher Deutlichkeit schließen, daß wir das Rechte getroffen haben. Die Opposition gegen die Wachsenschaften der Rückwärtserei muß gestärkt, eine Kartellmehrheit muß verhindert werden. Und wenn wir bürgerliche Kandidaten auf die bekannten drei Punkte festlegen, so ist das taktisch und grundsätzlich so verständig wie notwendig. Kuhhandel treibt der Nationalliberalismus, der bei Antisemiten und Junkern, bei Ultramontanen und Deutschfreisinnigen mit dem Bettelsack umhergeht, eingedenk des gesagelten Wortes: Hunde sind wir ja doch! —

Der Stamm, dessen absolutistisch beherrschte Satrapie JPH vorchristlichmäßig „gewählt“ hat, erläßt einen Was, worin es u. a. heißt: „Ingeachtet dessen kommen vielleicht neben den Sozialdemokraten auch die zum Theil recht überspannten Sozialphilanthropen zu der Einsicht, daß die im Saarevier von Alters her seitens der Arbeitgeber gepflegten Verhältnisse patriarchalischen Charakters die besten im staatsverhaltenden Sinne sind.“ Die Wahlmache ist so patriarchalisch, daß sie nichts zu wünschen übrig läßt. Wie aber, wenn der Stamm ohne Beeinflussungsmitteln anwenden zu können zur Wahl stünde? Er fiels durch ohne

die verwegenen Burschen nicht noch einmal zurückkehren und der Spektakel dann wieder neuerdings losgehe, meine sie. Als sie die Wirthin jedoch über diesen Punkt beruhigte, ließ sie sich schließlich noch zum Dableiben überreden und in aller Gemüthlichkeit trank die kleine Gesellschaft noch einen Biter, bevor man den Heimweg antrat.

Von diesem Tage an hatte Maurer vor den Dorfburschen Ruhe, keiner wagte sich mehr an ihn heran; das war die heilsame Wirkung jener Walgerei auf dem „Scharfjegg“.

Hatte sich die industrielle Unternehmung des Herrn Stebig bisher einer erfreulichen Prosperität zu erfreuen gehabt, die den glücklichen Besitzer zum Millionär gemacht hatte, so sollte das plötzlich anders werden, denn eine jener schweren Krisen, wie sie dem heutigen planlosen Produktionssystem eigen sind, war im Anzuge begriffen und warf bereits ihre Schatten voraus. Eine Unsicherheit und ein allgemeines Mißtrauen griff Platz, welches nur eines geringen Anstoßes bedurfte, um in eine verderbenbringende Panik auszuarten und dieser Anstoß ließ nicht lange auf sich warten. Eine der größeren und bisher angesehensten Export-Firmen des Landes fallirte und riß etliche andere Geschäfte mit ins Verderben. Auch die Firma J. J. Stebig hatte einige nicht unbedeutende Verluste zu verzeichnen, und da unglücklicherweise auch das Waarenlager durch den Preisrückgang eine große Entwerthung erfuhr, ging der muthmaßliche Verlust bereits in die Hunderttausende. Diese Einbuße vermochte freilich das gut sondirte Geschäft nicht zu Falle zu bringen, machte jedoch seine Rückwirkung in anderer, unangenehmerer Weise geltend. Wie es in solchen Fällen nämlich zu geschehen pflegt, mußte auch diesmal wieder die so wie so schlecht situierte Arbeitererschaft für die Fehler und Sünden eines veralteten Produktionssystems herhalten, indem eine allgemeine Lohnreduktion stattfand.

(Fortsetzung folgt.)

Grade, er, der Fabrikpasha mit sieben Rosschweiften, „Kaatserhaltend“ wie er ist. —

Der Franzosen-Popanz. Wie die „Kölnische Zeitung“ mit dem Franzosen-Popanz agitiert hat, ist bekannt. Diese selbe Zeitung aber brachte in ihrer Nummer 486 vom 14. Juni einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Fortschritte des französischen Heeres“, welcher verdient, aufmerkamer besesehen zu werden. Zur Unterlage für denselben dienen Beobachtungen eines vor kurzem von einem längeren Aufenthalt in Frankreich zurückgekehrten deutschen Landmannes:

„Im französischen Volke (?) herrscht eine wahre Sucht nach lebendem Material für den Krieg; der letzte Mann und das letzte Jungthier ist dienstpflichtig. Nichts ist ein stärkerer Beweis für den Werth, den man hier der Zahl beilegt, als die Art und Weise, wie man die Regimenter vollständig zu machen sucht. Da der letzte fehlerfreie Mann genommen ist, sieht man sich genöthigt, selbst Krüppel in die Kompagnien einzureihen. Trainsoldaten, die einen ansehnlichen Hader aufzuweisen haben, sind keine Seltenheit. Ohne besonders Acht zu geben, habe ich auch mehrere derart verunstaltete Infanteristen gesehen, sowie zwei, die mehrere Finger abgehauen wurden, sind häufig genug zu sehen; ihr Anblick ist von komischer Wirkung, da ihnen das Seitengewehr wie ein Schlepplabel bis zu den Füßen hinabhängt. Zwar ist eine bestimmte Größe und, was uns Deutschen merkwürdig scheint, ein bestimmtes Gewicht für die Aufnahme ins Heer vorgeschrieben; diese Vorschrift wird aber schon lange nicht mehr eingehalten. Moralische Befähigung wird noch weniger verlangt, als körperliche; der jugendliche Juchthändler wird unbehandelt der Ehre gemüthigt, französischer Soldat zu sein. Möglichst viel Soldaten, koste es, was es wolle; auch ein Zwerg und ein Krüppel können ihre Gewehre abschießen, und ihre Kugel thut genau dieselbe Wirkung, wie die einer soldatischen Prachtgestalt.“

Hier wird also, schreibt treffend die ultramontane „Kölnische Volks-Zeitung“, mit dürren Worten zugegeben, was die Gegner der Militärvorlage und der grundsätzlichen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht stets behauptet haben, daß nämlich Frankreich mit seinem Mannschaffsbestande längst an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen sei. Deutschland, dessen Bevölkerungsziffer jährlich um 600 000 steigt und dessen Geburten das Doppelte derjenigen Frankreichs betragen, kann, auch wenn es die Präsenzstärke nicht erhöht, von Jahr zu Jahr in der Auswahl seiner Rekruten kritischer werden und erhält doch ein Heer, an welches in qualitativer Hinsicht das französische nicht entfernt hinanreicht. Was thut Frankreich im Ernstfalle mit seinem starken Procentsatz von Krüppeln und Schwächlingen? Sie werden bei den ersten Strapazen, die ein Feldzug mit sich bringt, die Landstraßen besäen und die Lazarette füllen, und die Kosten für ihre Ausbildung waren weggeworfen. Frankreich hebt zwar alljährlich 24 000 oder 25 000 Rekruten mehr aus als Deutschland, aber — nur auf dem Papier, in Wirklichkeit nicht! Es ist eine bekannte Thatsache, daß die gesetzlich erforderliche Anzahl von Rekruten schon seit Jahren einfach nicht mehr vorhanden ist. —

An die Adresse des preussischen Ministers des Innern. Aus zuverlässiger Quelle wird uns geschrieben:

Vor etwa fünf bis sechs Wochen waren die Papierschläger der königlichen Strafanstalt zu Breslau dermaßen entkräftet — das Papierschlagen gehört zu den allererschwersten, aufreibendsten Arbeiten —, daß die Leute nicht mehr wie bisher ihre Arbeiten verrichten konnten und sie deshalb am Nachmittag nicht wieder aufnahmen. Hierauf wurden sämtliche Schläger mit sieben Tagen strengen Arrests und mit Verlust des Arbeitsverdienstes für einen Monat bestraft. Acht Tage darauf erhielten die Leute der Anstalt Großen mit Graupen, den sogenannten „Rumfisch“, worin Käser, die auf dem Lagerboden des Lieferanten sich eingefunden hatten, mit verachtet waren. Diese Speise war natürlich ungenießbar; die Gefangenen mußten deshalb, ohne etwas gegessen zu haben, schlafen. Das Schreiben eines Gefangenen, worin von diesen Dingen die Rede war, wurde zurückgehalten.

Diese Mittheilung erscheint uns, trotz der aufgezeichneten Quelle, aus der wir sie erhalten, so unglaublich, daß wir eine amtliche Darlegung fordern.

Wir richten hiermit die Anfrage an den preussischen Minister des Innern, Grafen Botho von Eulerburg:

Ist ihm diese Angelegenheit bekannt? Was gedenkt er, falls die Angaben sich bestätigen, zu thun, um derartige Uebelstände für die Zukunft zu beheben?

Dringend thut schleunige Abhilfe Noth. Bisher — traurig, aber wahr — galt es im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte als eine wohlverbürgte Auffassung, daß es zahlreichen Proletariern im Gefängniß erträglicher gehe, als in der Freiheit, was die Arbeitszeit, die Intensität der Arbeit, die Ernährung anlangt. Ist auch dieses einzige Blättchen, das im Reiche preussisch-deutscher Sozialreform von Oben nach Unten kimmerlich grünte, weß geworden? Es geht nicht, daß Zustände in preussischen Gefängnissen bestehen, die ein Kennan ohne weiteres für russisch halten würde.

Zur Futternoth. Der außerordentliche hessische Landtag, welcher über Maßnahmen zur Abhilfe der durch die anhaltende Trockenheit entstandenen Futternoth beschließen soll, ist auf den 27. Juni einberufen. Das hessische Ministerium hat die Preise für Waldstreu auf die Hälfte herabgesetzt, auch wird der Zahlungstermin bis Martini 1894 verlängert. Auch im gothaischen Landtag ist die Futternoth zur Sprache gekommen. Die Regierung ist deshalb bereits in Verhandlungen mit dem Centralverein in Halle getreten und hat Unterstützung aus Staatsmitteln zum Ankauf von größeren Massen von Futtermitteln zugesagt. Der meiningensche Landtag wird voraussichtlich auch dieser Tage einberufen werden, um Geldmittel zu beschaffen. Der Herzog hat befohlen, daß infolge des Futtermangels 400 Stück seiner Fische sofort abgeschossen, daß seine Wildparke geöffnet und daß das auf den Waldwiesen wachsende Futter den Futterbedürftigen abgelassen werden solle. In Preußen bleiben die Wälder verschlossen und der Landtag rührt sich nicht! Die Herabsetzung der Frachttäge für Torfsiren und Futtermittel ist kaum ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es fehlt an durchgreifender Unterstützung mit

Parteigenossen!

Es ist nur noch ein Tag bis zu den Stichwahlen. In Berlin wird Sonnabend, den 24. Juni, gewählt. Versäumt bei der Agitation keinen Augenblick! Sorgt dafür, daß jeder Wahlberechtigte wählt. Keiner darf der Urne fern bleiben, denn selbst eine Stimme kann entscheidend sein. Verhütel, daß weniger zur Wahl gehen, als bei der Hauptwahl, und prägt jedem ein, daß er im Wahlbureau seinen Namen laut und deutlich nennt, damit unsere Vertrauensleute ermitteln können, wer noch nicht gewählt hat. Geschieht das liberal, so können die meisten Säumigen noch zur Wahl veranlaßt werden. Vorwärts denn, mit vereinter Kraft, und der Sieg wird dann, aber nur dann, unser sein.

Geld, Streu und Futter. Eine Anzahl württembergischer volksparteilicher Abgeordneter hat an die Regierung das Ersuchen gerichtet, auch im Bundsrath dahin zu wirken, daß die Einfuhr sämtlicher zum Viehfutter verwendbaren Produkte bis auf weiteres von jeder Zollabgabe befreit werde. Dieser verständliche Vorschlag müßte aber der Vorläufer sein für den Antrag auf Aufhebung aller Agrarzölle. — Nach der amtlichen Korrespondenz hat das Ministerium für Elbsaß-Lothringen mit Rücksicht auf den außerordentlichen Futtermangel die Staats-Depositenverwaltung angewiesen, bis auf weiteres den öffentlichen Vorkaufsstellen zur Gewährung von Darlehen an kleinere Landwirthe, welche zur Erhaltung ihres Viehstandes Futtermittel (Heu, Kleeheu, Futterstroh, Wurzelgewächse, gewerbliche Abfälle und Produkte) anzukaufen gezwungen sind, die erforderlichen Betriebsmittel gegen eine Zinsvergütung von 2 vom Hundert innerhalb des durch das Staatsgesetz festgestellten Gesamtbetrages zu gewähren. Die Zinsvergütung, welche die Empfänger solcher Darlehen den Vorkaufsstellen zu zahlen haben, darf nicht höher sein, als 2/4 vom Hundert. Die dem einzelnen Landwirthe zu dem ermäßigten Zinsfuß zu gewährenden Darlehen dürfen den Gesamtbetrag von 400 M. nicht übersteigen. Landwirthe, welche zur Beschaffung von Futtermitteln von einer Vorkaufsstelle ein Darlehen zu dem Zins von 2/4 vom Hundert zu erhalten wünschen, haben ihren Antrag eine Bescheinigung des Bürgermeisters darüber beizufügen, daß sie zur Erhaltung ihres Viehbestandes sich Futtermittel im Werthe des gewünschten Darlehensbetrages käuflich zu beschaffen gezwungen sind. Die landwirthschaftlichen Bezirksvereine sind veranlaßt worden, alsbald Vorschläge zu treffen, um eventuell unter Mitwirkung der Kreisvereine den Bezug von Futtermitteln in größeren Mengen von auswärtig zu vermitteln. Den Besuchen um Wasserentnahme wird seitens der Meliorationsverwaltung bereitwilligst entsprochen, sofern nicht erhebliche öffentliche oder private Interessen dadurch geschädigt werden. Von der den Viehbesitzern erteilten Ermächtigung zur Entnahme von Futterkräutern und Gräsern in den Staats- und Gemeindefeldern, sowie zum Eintrieb von Vieh in die Waldungen wird seitens der Bevölkerung ein sehr umfassender Gebrauch gemacht.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Die von dem Minister des Innern v. Schmidt einberufene Versammlung von Vorständen landwirthschaftlicher Vereine, Abgeordneten und hervorragenden Oekonomen beriet am 21. Juni über Mittel zur Hebung der aus dem Futtermangel entstandenen Noth und beschloß, die Gemeindefeldern, die Oberamts-Parzellen, sowie die Stadtfelder zur Vergabe von Mitteln für Futterankauf zu veranlassen. Von dem Wunsch nach einer Einberufung des Landtages wurde Abstand genommen, weil die nachträgliche Genehmigung der Ausgaben in der Herbstsession zweifellos erfolgen wird. Die alsbald eingesetzte Subkommission beriet nachmittags die Errichtung einer landwirthschaftlichen Centralstelle und kaufte auf telegraphischem Wege 150 Doppelmaggen Mais an. In den nächsten Tagen werden weitere große Anläufe von Oelkuchen und Mais erfolgen. —

Ein parlamentarischer Berichterstatter schreibt, wie die Abendblätter melden:

Das Arbeitspensum des preussischen Landtages wird durch die neuesten Ereignisse in der unglücklichen Stadt Schneidemühl und den in der Landwirtschaft hervorgetretenen Futtermangel noch eine Erweiterung erfahren. Wie wir hören, werden dem Landtage zwei Vorlagen zur Linderung des Nothstandes nach beiden Richtungen zugehen.

Es ist die höchste Zeit, daß eingegriffen wird. —

Der Antheil aus der lex Ovine, der den Romminalverbänden zu überweisen ist, beträgt für das abgelaufene Etatsjahr 1892/93 etwa über 36 770 000 M. Für das Jahr 1891/92 betragen die Ueberweisungen 57 095 000 M.; für das Jahr 1890/91 47 250 000 M. Für das Jahr 1893/94 wird offiziell in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ dargelegt, daß der zu überweisende Betrag jedenfalls die Summe von 84 Millionen erreichen, wenn nicht übersteigen werde. Es sei namentlich eine stärkere Einfuhr von Roggen gegen das Vorjahr fast sicher in Aussicht zu nehmen. —

Der Wäshemangel in Bonn. Die „Frankfurter Zeitung“ erhält folgende Zuschrift:

In die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ In Nr. 168, Erster Morgenblatt, bringt die „Frankfurter Zeitung“ eine Korrespondenz aus Bonn, 10. Juni, meine Klinik betreffend. Ich ersuche die Redaktion, folgende Berichtigung sobald wie möglich aufzunehmen:

In einer klinischen Vorlesung habe ich, um zu entschuldigen, daß ich nur zwei, schon früher vorgestellte Kranke demonstrieren, den Herren Zuhörern mitgetheilt, daß ich wegen Wäshemangel in der letzten Zeit neue Kranke nicht mehr hätte aufnehmen können. Daß der Universitätskurator nicht mehr hätte aufnehmen können, habe ich nicht behauptet, sondern, daß der Herr Kurator nach den Verwaltungsgrundsätzen eine Anschaffung neuer Wäsche nicht habe bewilligen können, bevor am Ende des Etatsjahres die klinische Verwaltung wirkliche Gesparnisse aufzuweisen habe. Die Wäshemittel der Verwaltung waren jetzt vorhanden und neue Wäsche auch bestellt. Daß bisher noch keine Wäsche geschaffen sei, habe ich also auch nicht behauptet.

Hochachtungsvoll
Der Direktor der Klinik für Hautkrankheiten,
Doutrelepoint.

Hierzu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“:
„Daß wegen Wäshemangel in der letzten Zeit“ — wie lange mag das sein? — neue Kranke nicht mehr aufgenommen werden konnten, giebt Herr Professor Doutrelepoint auch in der vorstehenden Zuschrift zu; er wird auch

mit uns der Ansicht sein, daß das unter keinen Umständen ein wünschenswerther Zustand ist. Dies um so mehr, als Herr Professor Doutrelepoint die ihm von unserem Korrespondenten zugeschriebenen Worte: „man könne ohnehin schon nur alle vierzehn Tage frische Wäsche geben, die nach dazu geklumpt sei“, nicht dementirt, es damit also wohl seine Wichtigkeit hat. Was den übrigen Inhalt der D'schen Zuschrift anbelangt, so hat unser Sommer Korrespondent befallentlich seine Mittheilungen anderswärts als „durchaus verbürgte“ bezeichnet; er wird also wohl in der Lage sein, auf die vorstehende Mittheilung des Herrn Prof. Doutrelepoint die wünschenswerthe Aufklärung zu geben.“

Schulzollsegen. Nach einer Mittheilung des offiziellen „Hamburger Korrespondent“ ist an die Generalkommandos der Armee die Befehle ergangen, mit Rücksicht auf die hohen Haferpreise auch Mais und Maisprodukte verfüttern zu lassen. Die Regierung schenke dem Maisimport jetzt besondere Beachtung, da man wegen Hafermangels sich nach einem Ersatz umsehen muß. Es wird als Pferdefutter eine Mischung von geschroteten Mais und Hafer zur Anwendung gebracht. Der Maiszoll beträgt 1,00 M. resp. 2 M. Die Zollmauer aber wird nicht niedrigergerissen, da die Junker und der Militarismus die Nutznießer der Bülle sind. Derselbe Militarismus, der jetzt unter den hohen Getreidepreisen leidet. —

Die Wahlrechts-Bewegung in Oesterreich. Aus Wien schreibt man der „National-Zeitung“: „Die Strömung für das allgemeine Stimmrecht reicht bereits über die Arbeiterkreise hinaus. Im Gemeinderathe beantragte der Gemeinderath Uhl eine bezügliche Petition an die parlamentarischen Vertretungskörper. Der Antrag wurde dem Stadtrathe zugewiesen.“ Die „National-Zeitung“ aber behauptet gegen das allgemeine Wahlrecht was das Zeug hält. —

Aus der Schweiz. Gegenüber der Thatsache, daß in der Lohnlöhner Straßunterjochung zur Erpressung eines Geständnisses entgegen den Bestimmungen der Bundesverfassung die körperliche Züchtigung angewandt wurde, sucht sich, wie der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben wird, der Untersuchungsrichter in einer öffentlichen Erklärung zu verteidigen, giebt dabei aber unumwunden zu, zur Hahelruthe gegriffen zu haben, und rechnet es sich zur Ehre an, durch dieses Mittel so energisch zu einem Geständnis der Angeklagten gekommen zu sein. Was für ihn sprich, ist freilich der Wortlaut der Schaffhauser Strafprozess-Ordnung, wodurch aber amtlich zugestanden wird, daß manche fortschrittliche Errungenschaften der Bundesverfassung für einzelne Kantone nicht zu bestehen scheinen. Artikel 21 des Schaffhauser Gesetzes über das Verfahren bei Untersuchung von Jugendpolizei- und Kriminalfällen vom 18. Juni 1849 bestimmt, daß, wenn sich der Inquisit in einem Verhöre hartnäckig weigert, die ihm vorgelegten Fragen zu beantworten, derselbe mit Verschärfung des Gefängnisses, mit Fesseln, mit Schmälerung der Kost oder mit körperlicher Züchtigung mittels Streichen bestraft werden kann. Letzteres ist zugestandenemal mehrmals geschehen und hat für vorurtheilfreie Beobachter den Eindruck hinterlassen, daß diese Mittel den Charakter einer Folter annehmen und zudem in willkürlicher Weise zur Anwendung kamen. Prügel, Foltern, mittelalterliche Zwangsmittel, die heute noch als unentbehrliche Inventurstücke der Untersuchung angesehen werden, beweisen nur, auf einer wie niederen Stufe die heutige strafrechtliche Untersuchung steht und wie notwendig es ist, hierin mit energischen Reformen einzusetzen. Der Nationalrath dürfte diese Woche hierzu die nöthige Anleitung geben. —

Frankreich. Die Sozialdemokraten beschloßen, zu den nächsten Wahlen 210 Kandidaten aufzustellen und in allen großen Städten zu agitiren. —

Der „wilde“ Pariser Gemeinderath hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß das französische Gebiet ein unerschütterlicher Zufluchtsort für politische Flüchtlinge werde. Ferner sprach der Municipalrath den Wunsch aus, es möchten die Papiere des russischen Flüchtlings Sawid's dessen Familie übergeben werden. —

In einem an den Mauern angehefteten Plakate werden die Pariser Arbeiter zur Theilnahme an dem am 26. Juni stattfindenden Aufruf eingeladen. Es handelt sich, wie in dem Aufruf gesagt wird, um ein Protestvotum gegen die Regierung, wegen deren Maßnahmen gegen die Arbeiterindufikate. —

Die Reichstagswahlen.

Zur Beachtung für die Stichwahlen sei folgendes in Erinnerung gebracht: 1. Alle Wähler, die in die Liste eingetragen sind, haben das Recht, an der Stichwahl theilzunehmen, auch wenn sie am 15. d. M. ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. 2. Nur solche Stimmzettel sind gültig, die auf einen der beiden zur Stichwahl stehenden Kandidaten lauten. 3. Der Name des Kandidaten kann geschrieben oder gedruckt sein; auch ist es gestattet, einen gedruckten Namen auszustreichen und einen anderen darunter zu schreiben.

Der sozialdemokratische Kandidat für Halle a. S., Fritz Kunert, der nach Erlegung von 5000 M. Kaution vom Landgericht zu Breslau auf freien Fuß gesetzt worden ist, sprach am Dienstag in einer Versammlung seines Wahlkreises unter begeisterter Zustimmung über das Thema: Die Sozialdemokratie im Kampfe mit der Verlogenheit ihrer politischen Gegner. — Gegenüber der unwahren Ankündigung des Landrathes und Wahlkommissars v. Weyder, daß Kunert wegen Vergehen gegen den § 166 (Religionschmäderung) aus dem Beamtenentfernt worden sei, bezog sich Kunert auf den Berliner Magistrat und den Stadt-

schulrath Bertram, sowie darauf, daß er unmittelbar vor seinem freiwilligen Rücktritt vom Amte von der zuständigen Behörde durch folgendes Zeugnis ausgezeichnet worden ist: „Herr Fritz Kunert lehrte im Anfange des Jahres 1881 an Konstantinopel, wo er seit 1. April 1877 Lehrer an der dortigen deutschen Schule gewesen war, nach Berlin zurück. Hier wurde er als interimistischer Lehrer in den hiesigen städtischen Gemeindefchuldienst am 1. April 1881 eingestellt, und seit dieser Zeit ist er an drei verschiedenen Schulen des dem unterzeichneten Schulinspektor unterstellten Aufsichtskreises thätig gewesen. Herr Kunert hat auf den verschiedenen Unterrichtsstufen in den verschiedenen Elementargegenständen unterrichtet. Er hat sein Amt pünktlich, treu und gewissenhaft verwaltet. Die Schüler, resp. Schülerinnen hat er durch anerkanntenswerthes Lehrgeschäft, durch planvolles, methodisch-richtiges Vorführen des Lehrstoffes in recht befriedigender Weise gefördert. In seinem Wesen gegen die Kinder zeigte er Milde und Freundlichkeit, ohne daß jedoch die Disziplin im mindesten darunter gelitten hätte. Sein Verkehr mit seinen Kollegen war höflich, zuvorkommend und formgewandt. Seinen Vorgesetzten brachte er stets die gebührende Achtung und Ehrerbietung entgegen; ihren Weisungen kam er ausf. willigste nach. Dieses Zeugnis wird Herrn Fritz Kunert auf sein Verlangen behufs Verwendung um eine Lehrerstelle der Wahrheit gemäß ausgestellt. Berlin, 12. Mai 1887. (L. S.) v. Dargues, Königlicher Kreis-Schulinspektor.“

Das freisinnige Wahlkomitee in Posen l. O., wo unser Genosse Alwin Gerisch mit dem Amtshauptmann v. Polenz in Stichwahl steht, fordert seine Parteigenossen auf, für Gerisch zu stimmen oder, wenn sie das nicht wollen, sich der Wahl zu enthalten. Infolge dessen ist die Wahl Gerisch's nicht unwahrscheinlich. Es wäre auch sonderbar, wenn sich in dem Kreise des alten Achtundvierziger Kirchbach, der nach die Wundmale trägt, die ihm die Ketten des Waldheimer Zuchthauses verurlichen, die freisinnige Parteilichkeit für den Reaktionsär Polenz erklärt hätte.

Die bemerkenswerthe Kundgebung des freisinnigen Komites hat folgenden Wortlaut: Freisinnige Wähler! Die Stichwahl steht vor der Thür. Die freisinnige Volkspartei ist dabei in unserem Wahlkreise nicht theilhaftig; zwei andere Parteien, beide unsere Gegner, kämpfen um den Sieg. Einerseits das Kartell — die Vereinigung der Konfessionen, National-liberalen, Agrarier und Antisemiten — andererseits die Sozialdemokratie. Welchen von beiden Gegnern sollen wir dabei unterliegen? Die Kartell-Partei? die in fast allen wichtigen Fragen des Fortschritts unsere erbitterteste Gegnerin war und sein wird, die für höchste Bülle auf notwendige Lebensmittel heute noch eintritt, die bereits die Volksrechte veräußert hat, die am liebsten das gleiche und geheime Wahlrecht ganz beseitigen möchte, die durch mehr Polizei und neue Strafgesetze die verbliebenen Rechte und Freiheiten noch mehr zu beschränken sucht, die die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit bedroht, die durch Verweigerung von Handelsverträgen Industrie, Gewerbe und Handel schädigt? Oder die Sozialdemokratie? die in allen diesen Fragen mit uns gehen wird, die gegen jede weitere Kürzung der Volksrechte sein wird, die für unser wichtigstes, verfassungsmäßiges Recht, das geheime, allgemeine und direkte Wahlrecht eintritt. Wir meinen, die Antwort hierauf ist nicht schwer. Die nächste und größte Gefahr, die droht dem Volke von der Kartellpartei und nicht von der Sozialdemokratie, deren schärfste Gegner hinsichtlich ihres nebelhaften Zukunftsauftrages wir nach wie vor bleiben werden. Und deshalb rufen wir Euch diesmal zu: Stimmt gegen das Kartell und somit gegen jede weitere Beschränkung der Volksrechte! Gegen jede weitere Belastung durch neue drückende Steuern! Laßt Euch nicht dadurch irre machen, daß die Kartellparteien sich selbst als Ordnungsparteien und die Sozialdemokratie als Umsturzpartei bezeichnen. Ihr müßt ja, daß nach vor wenigen Tagen auch wir von jenen Herren zur Umsturzpartei gerechnet wurden! Der Umsturz „von oben“ durch das Kartell liegt aber weit näher als jeder andere. — Bedenket das wohl! Laßt Euch daher nicht irre machen! Welche Partei ist es denn, die mit allen möglichen Mitteln die freie Wahl zu beeinflussen sucht, die tagtäglich alle anderen Parteien, auch uns in der niedrigsten und gebührendsten Weise beschimpft und verunglimpft, und die dadurch den Sinn für Gesetz und Ordnung, für Anstand und Sitte am allermeisten untergraben hat? Das ist die Partei, die sich selbst als Ordnungspartei bezeichnet, die Partei, welche alle anderen Parteien deshalb als Umsturzpartei zu brandmarken sucht, weil deren Anhänger sich noch ihren Mannesthum bewahrt und den Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit noch nicht aufgegeben haben. Diese Partei, die Kartellpartei, zu bekämpfen, muß das Ziel aller sein, die auf den Namen eines freisinnigen Mannes Anspruch erheben, die es mit dem Volke wohl meinen. Und wie deshalb in anderen Wahlkreisen, in denen die freisinnige Volkspartei gegen das Kartell zur Stichwahl steht, unsere Parteigenossen mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Anhänger der Sozialdemokratie unseren Kandidaten zum Siege über den gemeinsamen Feind verhelfen werden, so fordern wir auch Euch freisinnige Wähler auf, am Tage der Stichwahl nicht den Vertreter der Kartellpartei, v. Polenz, zu unterstützen, aber auch nicht läßt bei Seite zu treten, sondern dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Alwin Gerisch, Eure Stimme zu geben. Wer das von Euch trotz alledem nicht will, der enthalte sich der Wahl! Jeder von uns, jeder von Euch bringt damit ein Opfer. Aber dieses Opfer ist vorliegendenfalls geboten, es ist notwendig im Interesse des deutschen Volkes. Und deshalb, Ihr freisinnigen Männer, tretet am Tage der Stichwahl an die Wahlurne mit dem Gedanken: Stets gegen das Kartell. Das freisinnige Wahlkomitee. Arnold von Schwarzg.

Arme Vossin! Die „Vossische Zeitung“ hatte den Rath ihrer Freunde geföhlt durch die angebliche Erklärung eines „aktiven Ministers“, daß er für Birchow stimmen werde. Nun kommt die in Hoffrungen gut unterrichtete „Neue Zeitung“ und sagt: Diese Mittheilung ist ohne jeden Zweifel falsch. Denn es wohnt nicht ein einziger aktiver Minister im zweiten Reichstags-Wahlkreise, es kommt daher kein aktiver Minister in die Lage, für Birchow stimmen zu können. Es ist also ausgeschlossen, das ein aktiver Minister gesagt haben könne, er werde im zweiten Wahlkreise für Birchow stimmen.“

Im zweiten Oldenburger Wahlkreise hat der geschäftsführende Ausschuss der national-liberalen Partei seine Anhänger aufgefordert, in der Stichwahl für den freisinnigen Träger einzutreten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 23. Juni.
Opernhaus. Bajazzo (Pagliacci).
Neues Theater. Ein Schritt vom Wege.
Deutsches Theater. Der Lakonier.
Berliner Theater. Die Waise von Bowood.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Fledermaus.
Kroll's Theater. Don Juan.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Adolf Ernst-Theater. Der Schwiegerpapa.
Alexanderplatz-Theater. Vor Sonnenaufgang.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132.
Im Theater:
Volks-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Des Meeres und der Liebe Wellen
oder:
Hero und Leander.
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. Grillparzer.
Regie: Max Samst.
Aufführung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf d. Sommerbühne:
Die Konfektionseuse.
Volksstück in Gesang u. Tanz in 4 Akten von Friedrich.
Regie: Fritz Schäfer.
Vor und nach der „Konfektionseuse“:
Aufftreten von Spezialitäten 1. Rang.
Morgen im Theater:
Die Königstochter als Bettlerin, oder: Die Schule des Lebens.
Im Garten:
Die Konfektionseuse.



Passage-Panopticum.
Neu:
Blaue Grotte.
Neu:
Geistertisch.
Das Wunderpferd.
Täglich 6-10.
Spezialitäten-Theater ohne Extra-Entree.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Musikant. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenkammer.
Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf. 4127L*
Helmuth Peters.

Ostbahn-Park

am Rühriner Platz,
(Hormann Jmbs)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Konzert,
Theater u.
Spezialitäten-Vorstellung.
Pantomimisten-Truppe Garetton, urkom. Exometer-Droschkenfahrt,
Mr. De Bois, Neger-Exentric etc.
Volksbelustig. jeder Art. 4 Regelparkbahnen zur Verfügung.

Für Schmiede.

Eine Landtschmiede mit guter Kundtschaft und circa 3400 Quadratrußen eigenen Vänderten, Gebäude gut, soll wegen vorgerückten Alters des Besitzers mit voller Ernte unter günstigen Bedingungen verkauft werden. Zu erfragen in der Exped. des „Kostoder Anzeiger“ Postfach. 44432*

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Freitag, den 23. Juni:
Zweite große Komiker-Vorstellung,
in welcher die ausgezeichneten Clowns des Circus Ciniselli alles anbieten werden, um das verehrte Publikum auf das angenehmste und amüsanteste zu unterhalten. Gebr. Woldemann in ihren originellen und neuen Tricks. Gebr. Kalper, großartige musikalische Clowns. Auftreten d. beliebten Clowns Tanti, Gebr. Martinek, Caro, Polchini, Leonard etc. etc. Reiten und Vorführen der bestbesetzten Schule und Freizeitspferde, sowie Auftreten der vorzüglichsten Reiter und Reiterinnen.
In Vorbereitung: Große reizende Ausstattung-Pantomime m. Ballet vom Königl. italien. Hof-Balletmeister Sgr. Antonio Tignoni.
Achtungsvoll
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Schweizer-Garten

am Königsthor.
Täglich:
Concert, Theater
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Geschwister Rigoli, Familie Carlo, Mr. Famera, Max Grabow, Gebr. Dissenato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Verocora.
Im Saale: **BALL.** (4199L*)

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Restaurant von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Aufftreten der Leipziger Sängervom Krystall-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Norddeutsche Brauerei.

55. Chaussee-Strasse 55.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffeeküche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L*

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 25. Juni, Nachm. 2 1/2 Uhr, findet für die II. Abtheilung (grüne Karten) eine Vorstellung im National-Theater statt.
Zur Aufführung gelangt:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Calderon de la Barca.
Musik von Kapellmeister Adolf Wiedecke.
Mitglieder, die zum zweiten Male die Vorstellung besuchen wollen, können von 2 1/4 Uhr an im Theater Extrakarten à 60 Pf. erhalten.

Voranzeige.

Das III. Stiftungsfest der Freien Volksbühne findet am Sonntag, den 23. Juli, in Schloß Schönholz bei Berlin statt.
Dekorations- und Schriftenmaler, die sich freiwillig an den Arbeiten zu diesem Fest betheiligen wollen, werden gebeten, ihre Adresse dem Unterzeichneten einzufenden oder sich zu einer Besprechung am Mittwoch, den 27. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Norbert, Benthstr. 22, einzufinden.
Damen und Herren, die geeignet und gewillt sind, als darstellende Personen an den Veranstaltungen des Vereins für diesen Tag theilzunehmen, werden ebenfalls gebeten, am Mittwoch, den 27. Juni, bei Norbert zu erscheinen.
889/19

Der Vorstand der Freien Volksbühne:

S. A.: Julius Türk, SW., Solmsstr. 24.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins!

Außerordentliche General-Versammlung
am Sonntag, den 25. Juni, Vorm. 11 1/2 Uhr, bei Scheffer, Inselsr. 10, II.
Tagesordnung:
1. Wahl des gesammten Vorstandes. 2. Vereinsangelegenheiten (Beschwerdebefreiung gegen Mitglieder). 3. Verschiedenes. 512b
Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Oeffentliche Wähler-Versammlungen

hente, Freitag, Abends 8 Uhr,

- in folgenden Lokalen:
1. Kreis: Boltz' Salon, Alte Jakobstraße 75.
 2. Kreis: Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg Brauerei Tivoli, Kreuzberg.
 3. Kreis: Brochnow's Salon, Sebastianstraße 39. Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
 5. Kreis: Schützenhaus, Linienstraße 5. Germania-Festsäle, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung:
Die bevorstehenden Stichwahlen.
Zahlreiches Erscheinen erwarten
Die Einberufer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Im prachtv. Sommergarten täglich
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Café „Wilhelmshöhe“
Waltersdorf bei Erkner,
15 Minuten v. Bahnhof a. d. Chaussee nach Kalkberge Rüdersdorf,
also nicht Waltersdorf. Söhle.
Saal und Vereinszimmer zu jeder Versammlung frei. Der Garten faßt ca. 3000 Personen. Regelpark und Billardzimmer. — Kaffeeküche täglich geöffnet. Um Zutritt bitten
Carl Gillmann.

Steppdecken
und
Schlafdecken
(mit kleinen Farbenschlern)
spottbillig in der Deckenfabrik von
J. Brünn,
Hackescher Markt Nr. 4.
(Stadtbahnhof Börse.)

5. Berliner Reichstags-Wahlkreis!
2 gr. öffentl. Versammlungen
am Freitag, den 23. Juni d. J., Abends 8 1/2 Uhr.
1. Germania-Säle, Chausseestraße Nr. 103. Referent Reichstags-Abgeordneter Paul Singer.
2. Schützenhaus, Linienstraße Nr. 5. Referent Reichstags-Kandidat Rob. Schmidt.
Alle Wähler des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises sind zu diesen Versammlungen eingeladen.
851/12

Achtung, 6. Wahlkreis!
Sonntag, den 25. Juni, in Schloß Schönholz:
Gr. Sieges-Fest,
bestehend in Doppelkonzert und Gesangsvorträge.
Anfang früh 8 Uhr. Programme à 10 Pf.
N.B. Gefangene, welche gewillt sind, mitzuwirken, bitte die Adressen bei Witzal, Elisabethstr. 18, und R. Bahr, Gerichtstraße 19, abzugeben.
858/14 Die Vertrauenspersonen.

Oeffentliche Versammlung
der Cöpper Berlins und Umgeg.
am Dienstag, den 27. Juni, Abends 6 Uhr,
im Lokale des Herrn Joël, Andreasstraße Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom letzten deutschen Cöpperkongress.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, damit die Unwissenheit der Kollegen beseitigt wird, indem in dieser Versammlung Klarheit geschaffen werden soll, welche Stellung die Berliner Kollegen zu dem Beschluß des letzten Kongresses einnehmen müssen.
S. A.: Der Vertrauensmann. G. Melzer.
824/15

Achtung! Putzer (Maurer).
Große öffentliche Versammlung
der Putzer Berlins und Umgegend
am Montag, den 26. Juni, Nachmittags 5 1/2 Uhr,
in „Marten's Festsälen“, Friedrichstraße 236.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Abrechnung der Sammelisten. 3. Wie fördern wir die Agitation? 4. Was lehrt uns das Gewerbergericht? 5. Gewerkschaftliches. Das Erscheinen aller ist notwendig; besonders werden diejenigen Kollegen, welche keiner Organisation angehören, ersucht, sich recht zahlreich einzufinden.
[244/20] Der Vertrauensmann.

Allgemeiner Unterstützungsverein der Cöpper Deutschlands
(Sitziale Berlin).
Am Sonntag, den 25. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstr. 44:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom 8. deutschen Cöpperkongress. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
828/11 Der Vorstand.

Achtung! Sattler! Achtung!
Wegen der am 24. d. Mts. stattfindenden Stichwahlen findet die Versammlung des Verbandes der Sattler und Tapezierer an diesem Tage nicht statt. Die nächste Versammlung findet am 8. Juli bei Wiedecke, Alte Jakobstr. 83, statt.
284/20 Der Vorstand.

Was bei Erhebung von Wahlprotesten zu beachten ist.

Zur Einreichung eines Wahlprotestes ist jeder Deutsche berechtigt, gleichgültig ob er in dem Wahlkreise, auf dem sich der Protest bezieht, wohnt oder nicht.

Der Protest muß spätestens 10 Tage nach Eröffnung des Reichstages und bei Nachwahlen, die während einer Session stattfinden, spätestens zehn Tage nach Feststellung des Wahlergebnisses beim Reichstags-Bureau eingelaufen sein. Proteste, die später eingehen, bleiben unberücksichtigt. Dagegen ist es angängig, Nachträge zu dem Proteste auch später einzureichen, doch können diese nur Berücksichtigung finden, wenn in dem ersten Protest bereits auf diese Nachträge Bezug genommen oder wenn sie darin angekündigt sind, oder wenn der Nachtrag sich als eine Ergänzung zu einem der Protestpunkte erweist.

Für den Wahlprotest empfiehlt es sich, nur wirklich gravierende Vorgänge aufzunehmen und Nebensachen, die auf das Endergebnis der Wahl ohne Einfluß sind, fortzulassen. Gerade durch das Ueberlasten der Wahlprotelle mit nebensächlichen Dingen, z. B. das sein verschlossenes Gefäß, sondern eine Schlüssel oder gar eine Zigarrenliste als Wahlurne diente, oder daß irgend ein Armengeld-Empfänger mitbestimmt habe, wird der Fortgang der Wahlprüfungen ungemein erschwert. So ein Armengeld-Empfänger macht eine besondere Erhebung bei der betr. Behörde notwendig und ist die Angabe richtig, dann ist das Fazit, daß eine Stimme dem Gewählten abgezogen wird.

Derartige Angaben haben also nur einen Sinn, wo die Wahl nur mit ganz geringer Mehrheit erfolgt ist. Wo das nicht der Fall, lasse man solche Kleinigkeiten fort. Es wird dadurch das Prüfungsgeschäft wesentlich erleichtert und der durch den Protest beabsichtigte Zweck wesentlich gefördert.

Als unumstößlichen Grund muß die Protest-erheber festhalten, nur wirklich Erweisbares anzuführen und die Bezeugen für die Behauptungen sofort in dem Proteste anzugeben. Den Namen der Bezeugen die genaue Adresse beizufügen. Angaben, die vom Hörensagen herrühren, lasse man aus den Protesten lieber fort. Nicht der Umfang, sondern die Begründetheit der Angaben giebt dem Protest seinen Werth. Etwaige Beweismittel (Stimmzettel, Flugblätter, Zeitungsartikel, Annoncen etc.) sind dem Protest beizufügen. Dieser selbst ist: „An den Deutschen Reichstag“, Berlin, zu adressieren.

Es empfiehlt sich, von Wahlprotesten, die an den Reichstag eingelaufen werden, der sozialdemokratischen Fraktion eine Abschrift zugehen zu lassen.

Die Reichstagswahl.

Ueber die Sozialdemokratie schreibt die „National-Zeitung“ ein Langes und Breites. Ihrer Weisheit Schluß ist: „Will man nicht auf Ausnahmegefesse oder eine Krise hinarbeiten, in der schließlich Wassengewalt entscheidet, so giebt es nur das eine Mittel des Zusammenhaltens aller anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie an den Wahlurnen. Die Wirkung von parlamentarischen Erörterungen über den Zukunftsstaat, wie sie im Februar im Reichstag stattfanden, ist an sich zweifelhaft; zu einer lächerlichen Farce aber werden sie, wenn der Einigkeit im Reden und Bravourrufen gegenüber der Sozialdemokratie bald darauf die Unterstützung derselben durch den einen Theil der Redner und Bravourer gegen den anderen bei den Wahlen folgt. Das wäre ein Schauspiel, welches die Umsturzpartei allerdings nur mit Geringschätzung der bürgerlichen Parteien und mit der Zuversicht erfüllen kann, dieselben zu überwinden. Die Hauptredner vom Februar waren Herr Richter und Herr Bachem — und jetzt sind ihre Parteien es, die der Sozialdemokratie Stichwahl-Hilfe, direkte und indirekte, leisten. Die Mittelparteien haben bei jener angeblich großen Aktion nur sekundiert und sie haben nicht, wie die Hauptteilnehmer, hinterher große Reklame dafür gemacht; aber wir denken, daß sie überall, wo dadurch der Sieg eines Sozialdemokraten in der Stichwahl zu verhüten ist, alle Kraft gegen ihn einsehen werden, daß die konservativen Wähler dasselbe thun werden und auch viele deutschfreisinnige trotz entgegenstehender Rathschläge fraktionsverbundener Führer. Es muß der Sozialdemokratie dargehen werden, daß die staatliche und soziale Ordnung, wie reformbedürftig sie in vielen Punkten auch sein mag, eine starke, feste und entschlossene Vertretung im Volke hat. Der letzte Mann muß bei den Stichwahlen an die Urnen gebracht werden — gegen die Sozialdemokratie, um deren Belämpfung es sich in dem zweiten Wahlgange vornehmlich handelt, und gegen ihre offenen und uneingeständenen Bundesgenossen.“

Zur Erklärung unseres Stimmenrückgangs in Leipzig-Stadt wird uns von dort geschrieben: Wir erhielten diesmal 11 784 Stimmen gegen 12 921 Stimmen am 20. Februar 1890. Zunächst hat der Rückgang darin seine Ursache, daß die ärmeren Klassen durch die hohen Mietpreise und den Abbruch der alten Wohnhäuser mit relativ billigeren Wohnungen mehr und mehr nach den Vororten hinausgedrängt werden. Weiter liegt es daran, daß die Streichung von Personen aus den Wählerlisten noch bei keiner Wahl in solchem Umfange geübt wurde als diesmal. Das „Tageblatt“ bestätigte dies, indem es schrieb, es sei damit diesmal „sehr genau“ genommen worden. Wie „genau“ es genommen wurde, geht aus folgenden Beispiele hervor. Die Frau eines Bürgers war im vorigen Winter bei Glatteis gestürzt und einige Wochen im Krankenhaus behandelt worden. Obgleich sich ihr Mann betrefend der Bezahlung befragt hatte, bekam er keine Rechnung zugesandt. Er wollte nämlich den Hauswirth verklagen, vor dessen Haus die Frau gestürzt war. Jetzt wird er von der Wahl zurückgewiesen, weil er Armen empfangen habe. Er ging zum Armenamte und frag, weshalb er keine Rechnung erhalten habe; da wurde ihm mitgeteilt, das Armenamt könne innerhalb drei Jahren die Rechnung senden, wann es ihm beliebt. Auf diese Weise kommt man in Leipzig um sein Wahlrecht!

Die „Frankfurter Zeitung“ belächelt scharf den Beschluß des Fürther Volksvereins, der volksparteilichen Organisation Fürth, wonach die Volkspartei in der Stichwahl für Segitz (Sozialdemokrat) eintreten wollen. Sie fordert auf, den deutschfreisinnigen zu wählen! — Der engere Ausschuß der deutschen Volkspartei erklärt:

Wir lesen, daß ein Verfall unserer Parteigenossen in Fürth ohne Fühlung mit der Parteileitung beschlossen hat, in der Stichwahl gegen die freisinnige Volkspartei für den Sozialdemokraten einzutreten. Wir können uns diesen Beschluß nur durch eine uns begriffliche, persönliche Verstimmung erklären; mit persönlichen Antipathien und Sympathien macht man aber keine zielbewußte Politik. Die deutsche Volkspartei hat keine Minute gezögert, entschieden für jeden Sozialdemokraten einzutreten, der gegen einen Anhänger der Militärvorlage in der

Stichwahl steht; näher aber als der Sozialdemokrat steht uns ein Angehöriger der uns eng befreundeten freisinnigen Volkspartei und für einen solchen einzutreten ist im jetzigen Augenblick für uns doppelte Pflicht. Wir bitten namens der Partei alle Anhänger der deutschen Volkspartei im Wahlkreise Fürth-Erlangen ohne Rücksicht auf den gefaßten Beschluß mit Nachdruck für den freisinnigen Volksparteimann zu stimmen und zu wirken. Stuttgart, 20. Juni 1893. Namens des engeren Ausschusses: Payer.“

Löblich! Gleiche Stimmzettel werden in Dessau bei der Stichwahl sowohl von den Wahlkomitees für Köpcke als auch vom Wahlkomitee für Peus benutzt. Auf die entsprechenden Zuschrift des sozialdemokratischen Wahlkomitees an die gegnerische wurde von den letzteren in bereitwilligster Weise ein Muster des von ihnen benutzten Stimmzettels überandt. Unsererseits wird nun der Stimmzettel in gleicher Ausstattung angefertigt werden.

Zur Stichwahl in München. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der sozialdemokratischen Partei Münchens hat beschlossen, dem Wahlkomitee des Wahlkreises München I, Herrn Bürgermeister Borch, nachstehende Resolution zu unterbreiten: „In Anbetracht, daß der Magistrat München die Ausfertigung von Abschriften der amtlichen Wählerlisten zur Hinausgabe an die verschiedenen Parteien abgelehnt hat, erucht der Wahlausschuß der sozialdemokratischen Partei den Wahlvorsteher des Wahlkreises München I, derselbe möge am 26. Juni bei der Stichwahl darauf achten, daß keine Partei am Wahllokal eine Wählerliste führt, bezw. führen darf.“ Anlaß zu diesem Vorgehen gab die nachweisbare Thatsache, daß Wahlvorsteher die denselben anvertrauten amtlichen Wählerlisten zur Abschrift aus den Händen gaben und somit eine Partei mit einer gefehrwidrig erworbenen, korrekten Wählerliste arbeiten kann, während dem sozialdemokratischen Wahlausschuß die Absfertigung einer amtlichen Liste gegen Entrichtung der Schreibgebühren behördlich verweigert wurde. Neutralität kann, da die bezeichnete Abschrift der Listen feststeht, nur dann wahren, wenn sämtliche Listen beseitigt werden und am Wahllokal aufzuheben verboten sind.

Aus dem Wahlkreise Ohlau-Strehlen-Nimptsch wird der „Bresl. Ztg.“ geschrieben, daß ein Oberamtmann selbst kleine Zettel aus dünnem Papier geschnitten, den Namen des Konservativen Rother darauf geschrieben und diese Zettel auf einen Tisch am Eingange des Wahlzimmers gelegt hat. Darauf mußte der Schaffer die Leute zur Wahl rufen mit dem Bemerken, daß die Wahlzettel oben auf dem Tische liegen. Rehnliche Dinge sollen auf fast jedem Dominium vorgekommen sein. Wie wir hören, wird die Wahl von der sozialdemokratischen Partei und dem deutschfreisinn angefochten werden, wegen der vielen Wahlbeeinflussungen, die zu gunsten des Rother, besonders seitens der Landwirthe, ausgeübt worden sind.

Aus Breslau meldet die „Volkswacht“, unser schlesisches Bruderblatt: „Wie bei den bürgerlichen „Ordnungsmännern“ die „Achtung vor dem Gesetz“ vorhanden ist, davon geben lehrreiche Beispiele in Halle und Halle die Wahlakte in allen Theilen der Provinz. Selbst hier in der Stadt ist Wahlbeeinflussung geschehen. So hat in der Posthalterei auf der Magistral 15 der Postkassierer Scherner den Postkassierer auf den Namen Hoberich lautende Wahlzettel verabfolgt und mit Entlassung vom Dienste gedroht, wenn sie Hoberich nicht wählen. Nun, des Herrn Postkassierers Vorgehen streift hart ans Lächerliche, denn es war hier in der Stadt beim doch unmöglich, Kontrolle über den Inhalt der Stimmzettel während dem Wahlakte zu üben. — Aus Trebnitz schreibt man uns, daß in der ganzen Umgegend Gendarmen und Nachtwächter die sozialistischen Stimmzettel abgeholt haben.“

Ueber Wahlbeeinflussungen im Kreise Militsch-Trebnitz wird der „Schlesischen Volks-Zeitung“ geschrieben: „Es soll in Pingen ein herrschaftlicher Förster im Wahllokal mit Stimmzetteln für Herrn von Salich erschienen sein und die Stimmzettel der ankommenden Wähler revidirt haben, insofern dieselben nicht auf den genannten Kandidaten lauteten, sollten sie eingezogen und andere ausgehändigt worden sein. Nachdem dem betreffenden Förster Müller der Aufenthalt im Hause vom dortigen Vezher verboten worden, soll er sein Werk am Baune des Schulhauses fortgesetzt haben. In Gellendorf wurde vom Direktor der Bogt im Jahr des Schulhauses, wo die Wahlzettel ausgaben, postirt; derselbe sagte den ankommenden Arbeitern: ihr habt nur von diesen Zetteln zu nehmen, von den andern ist es verboten. In Jagatsch soll vor dem Wahllokal ein herrschaftlicher Diener mit Wahlzetteln gefesselt haben, der den ankommenden Wählern die abzugebenden Stimmzettel überreichte. Auf ähnliche Weise soll es in Stroppen zugegangen sein. In Prisselwitz ist den Arbeitern von ihrem Brotherrn gesagt worden, wenn ihr nicht für den Kandidaten stimmt, so sind wir geschiedene Leute. In solcher Weise wird von „angesehenen Leuten die Wahlagitiation betrieben und als geheime Stimmenwahl betrachtet. Obige Angaben sind von Augenzeugen erzählt, die sich jedenfalls verwürgen können.“

Mischmasch. Zu den Stichwahlen schreibt die „Vossische Zeitung“, der die Sozialistenangst den Kopf verwirrt hat: „Aber auch wenn es nicht geschieht (daß die Nationalliberalen für den Freisinn stimmen), so müssen die freisinnigen Wähler, wo immer sie können, zu gunsten der nationalliberalen Kandidaten, denen des Zentrums, der Antisemiten, der Sozialdemokratie, der Diebten gegenüber den Ausschlag geben.“

Wahltyranni. Aus Marten (bei Dortmund) geht der „Trem.“ folgende „Öffentliche Anfrage“ zu: „Ist das auch eine geheime Wahl, wenn ein Betriebsführer im Vorzimmer eines Wahllokals einem Wähler den gefalteten Stimmzettel mit den Worten: „Ist mal sehen“ aus der Hand reißt, ihm den „richtigen“ in die Hand drückt, den erkeren Zettel dann entfaltet und mit Hohnlachen an einem von Beamten u. s. w. vollbesetzten Tische herumreißt? Ist das nicht eine gemeine Wahltyranni? Ein Wähler aus Marten.“

Zum Kuhhandel in Reichenbach-Neurode. Im Anschluß an unsere gestrige Mittheilung über den Schacher zwischen Konservativen und Zentrum sei noch folgendes nach der „Germania“ mitgeteilt: „Die Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei des Wahlkreises erklärte, daß sie in der von dem Neuen Wahlvorreit formulirten Antwort auf die unseres Erachtens weitgehende Erklärung unserer Kandidaten, Herrn Conrad, ein Entgegenkommen nicht finden kann, zumal die Deckungsfrage ganz außer Acht gelassen ist, und bleibt deshalb bei der von Herrn Conrad abgegebenen Erklärung stehen. Sollte demnach der Kandidat der Umsturzpartei gewählt werden, so glauben wir jede Verantwortung ablehnen zu müssen.“ Die „Germania“ sagt: „Bei dem dort grassirenden Ratholischenhas ist die Wahl des Sozialdemokraten (A. Kühn-Langenbielau) so gut wie sicher.“

Ein lustiger Druck- oder Schreibfehler ist im Aufrufe des „Ordnungsparteilichen“ Central-Wahlausschusses in Darmstadt, wo der Nationalliberale Pfann mit unserem Partel-

genossen Cramer in Stichwahl kommt, durch Fortfall der Wörtchen „nicht“ unterlaufen. Es hieß in dem in Nr. 142 der „Neuen heftigen Volksblätter“ veröffentlichten Aufruf: „Zur Stichwahl diesen Sonntag wird die Sozialdemokratie alles aufbieten, um den Sieg für Halthar Cramer zu erringen. Bereits im Jahre 1890 haben sich aber die sozialdemokratischen Stimmen zur Stichwahl um nahezu 8000 Stimmen vermehrt und gilt es also unsererseits, keine Mühe und Arbeit zu scheuen, damit der Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau der Sozialdemokratie zufällt.“

Im ersten meiningenschen Wahlkreise wird die Sozialdemokratie für den freisinnigen Dr. Weigt aus Berlin und damit gegen den Kartellkandidaten Prof. Paasche aus Marburg eintreten, nachdem sich ersterer schriftlich verpflichtet hat, 1. gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres über den Rahmen der gegenwärtigen Präsenzstärke hinaus, 2. gegen jede Vermehrung der dadurch stärker werdenden Steuerlasten, und endlich 3. gegen jede Beschränkung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu stimmen.

Zu Bittan stimmen unsere Parteigenossen für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei, Bubbeberg, ebenso im schlesischen Wahlkreise Jauer-Vollenhain-Landeshut für Dr. Otto Herms aus Berlin, der die von unserem Partelvorstande vorgeschriebenen Bedingungen einzuhalten sich verpflichtet hat.

In Stettin fordern eine Anzahl von Wählern Munkel's auf, in der Stichwahl den Wadelstrumpf zu wählen.

Im sächsischen Wahlkreise Wurzen-Oschah hat nicht der nationalliberale Fabrikant Niethammer, sondern der der freisinnigen Vereinigung angehörende Fabrikant Brud aus Oschah kandidirt. — Im westfälischen Wahlkreise Tecklenburg-Steinfurt ist Zimmermann J., nicht Zimmermann A. gewählt worden.

Zur Wahlenthaltung fordert die konservativen Wähler im 2. Wahlkreise das „Volk“ auf. Unsere Genossen werden wissen, daß diese Taktik immer proklamirt wurde, aber wie bei der letzten Wahl werden auch diesmal Konservative und Antisemiten die freisinnigen gegen unsere Kandidaten in Berlin und anderwärts unterstützen. Deshalb müssen wir alle Kräfte anspannen, damit das hohe Ziel erreicht werde, daß Berlin ganz unser werde.

Ueber Wahlbeeinflussungen in Niederbarnim wird außerordentlich gellagt. Unter anderem wird mitgeteilt, daß ein Beamter der preussischen Bergbehörde, welche Kalberge-Müdenberg unterstellt ist, Bergleuten eröffnet hat, die Geschäfte gingen schlecht, wenn aber die Militärvorlage angenommen würde, würden mehr Kasernen gebaut; dann brauche die Behörde niemand zu entlassen, da dann Steine gebraucht würden, für das Bergwerk also Arbeit sei. — Die nötigen Schritte zur strafrechtlichen Verfolgung des Beamten wegen amtsmißbräuchlichen Versuchs des Stimmenlaufs zu Wahlzwecken sind eingeleitet.

Die „Stammburg“ Eugen Richter's, Hagen, und die seines Adjutanten Schmidt, Pennep-Nettmann, sind schwer bedroht. Die Dinge stehen so, daß beide Sozialisten-Idioten, wenn sie nicht die Stimmen der Nationalliberalen bekommen, von den Sozialdemokraten aus dem Sattel gehoben werden. Das hätte sich der Vater der Sparagnees jedenfalls nicht träumen lassen. Im Schmidt'schen Wahlkreis sprach Sieblich am Mittwoch in zwei Versammlungen in Ronsdorf am Nachmittags und in Remscheid am Abend. Im Richter'schen Wahlkreis — in Hagen — sprach am Mittwoch Harm, und ist für Donnerstag Regierungsbaumeister Kessler angekündigt. Die fortschrittlichen Flugblätter weitestern an Gemeinheit und Verlogenheit mit den schlimmsten nationalliberalen.

Zu Dortmund fand am Montag eine außerordentlich zahlreich besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Sieblich und nach ihm Regierungsbaumeister Kessler sprachen. Die Stimmung ist hier die denkbar günstigste.

Zu Solingen sprach am Dienstag Sieblich in überfüllter Versammlung. Gegner waren anwesend, wagten sich jedoch nicht heraus. Der Sieg Schumacher's, der ebenfalls das Wort nahm, ist als sicher zu betrachten. Die „Kuhhandel-geschäfte“ der gegnerischen Parteien vermögen hieran nichts zu ändern.

Am 26. Juni findet die Stichwahl statt im 2. oldenburgischen Wahlkreise, im 1. wahrscheinlich ebenfalls. In beiden Kreisen kommt unser Genosse Hug aus Bant in Frage.

Stichwahltermine. Außer in den schon bezeichneten Wahlkreisen findet auch im Regierungsbezirk Osnabrück die Stichwahl zwischen Wannhof (natl.) und von Scheele (Wesse) am 29. Juni statt. Die Stichwahlen in Weimar sind wie in Vapern auf den 26. Juni angesetzt. Es stehen hier im 1. Wahlkreise der Freikonservative Kalmring dem Sozialdemokraten Vaudert gegenüber, im 2. Wahlkreise von der Osten (natl.) gegen Casselmann (reif. Volksp.) und im 3. Wahlkreise Walter (natl.) gegen Deutert (Soj.). —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung. Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 22. Juni Nachmittags 5 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Berichte des Petitionsausschusses.

Ueber die Petition des Restaurateurs der Markthalle XII, Heinrich Jethen, um Niederschlagung rückständiger Pacht für die Restauration in dieser Markthalle und um Ueberlassung der Restauration in der neubauten Engros-Markthalle an der Neuen Friedrichstraße sollte nach dem Ausdrucksantrage zur Tagesordnung übergegangen werden. In der Sitzung über die Versammlung vom 27. April wurde jedoch Berichterstatter über die Petition verlangt. Den Bericht erstattet nunmehr Stadtd. Reichow. Der Petent ist auf seinen Antrag aus dem ersten Vertrage, nach dem er 5000 M. Pacht zu zahlen hatte, entlassen worden, gab dann bei der Neu-Ausschreibung ein Gebot von 1000 M. ab, wovon 600 M. Miethe zu zahlen waren. Jetzt nach 6 Monaten beantragt er, weil er auch bei 1000 M. Pacht durchaus nicht auf seine Rechnung kommen kann, die Niederschlagung der rückständigen Miethe von 600 M. und die Ueberlassung der Restauration in der neuen Engros-Halle, da seine ganze Einrichtung den speziellen Bedürfnissen eines solchen Lokals gemäß beschaffen sei. Der Ausschuß beantragt wiederum Uebergang zur Tagesordnung, da der Petent es sich selbst zuschreiben habe, wenn er auch das zweite Gebot zu hoch abgegeben habe. Würde man auf das Petition eingehen, so könnten mit denselben Rechte alle anderen Markthallen-Restaurateure Miethe-niederschläge verlangen. Zur Empfehlung einer bestimmten Person für die Restauration der Engros-Markthalle sei der Ausschuß gar nicht kompetent.

Stadt. Singer: In dem letzteren Punkte bin ich mit dem Ausschusse einverstanden; ein derartiges Eingreifen der Versammlung in die Exekutive würde zu Konsequenzen führen, von welchen ich die städtische Verwaltung außerordentlich gern frei halten möchte. Die Gründe des Ausschusses gegen den Mietüberlass überzeuge mich aber nicht. Daß der Mann später auch noch ein zu hohes Gebot abgegeben hat, ist doch kein Motiv dafür, ihn für das Nichtretreten seines Unternehmens verantwortlich zu machen. Die Markthalle auf dem Gesundbrunnen hat zur Zeit noch keinen irgend erheblichen Besucher, das Restaurant kann nicht rentieren, und wenn der Magistrat aus mehr hygienischen Rücksichten die Nothwendigkeit eines Restaurants anerkennt, so muß es von Verwaltungs wegen unterstützt werden. Der Petent hat sich in Rücksicht auf dieses Unternehmen eine Einrichtung antertigen lassen, in die er sein bishiges Vermögen hineingesteckt hat; der Verkehr aber ist so minim, daß er überhaupt irgend welche Pacht nicht herauswirtschaften kann. Zudem ist unmittelbar neben der Markthalle ein polizeilich konfessionierter Privatmarkt vorhanden, der der Markthalle und dem Restaurateur die wenigen Käufer vollends entzieht. Etwas bedenklich ist ein weiterer Vorgang. Der Magistrat hat den Petenten, wozu ja die formelle Berechtigung zweifellos ist, aufgefordert, binnen acht Tagen die rückständige Miete zu zahlen, sonst müßte seine Kaution verpfändet werden. Der Magistrat wußte doch, daß Ziehens sich petitionierend an uns gewandt hätte, und es wäre vielleicht ein Akt der Kollegialität gewesen, wenn er mit dieser Forderung wartete bis die Verpfändung gesprochen hätte. Zwischen aber ist die Kaution thatsächlich verpfändet worden, woran Petent noch einen Verlust von 200 M. erlitten hat. Sehr milde hat man hier offenbar nicht gehandelt. Ich bitte dringend, dem Petenten die rückständige Miete niederzuschlagen und ihm die Möglichkeit zu geben, mit dem Rest seines Vermögens irgend etwas anderes zu beginnen; wir haben allen Anlaß, zu verhindern, daß der Mann, der doch keine andere Schuld hat, als darauf vertraut zu haben, daß er in der Markthalle sein Brot würde finden können, an den Bettelstab kommt. Die Versammlung hat in zahllosen derartigen Fällen Milde bewiesen, und ich beantrage, den ersten Theil der Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadt. Spinoia unterstützt diesen Antrag. In der Verpfändung der Kaution liegt eine große Härte, die die städtische Behörde nicht gut verantworten könne. Viel besser wäre es gewesen, darüber sei man jetzt einig, wenn die Markthalle XII überhaupt nicht gebaut worden wäre. Nach der Versicherung des Ziehens solle ein sehr unterrichteter Kuratoriumsmitglied f. Z. gesagt haben, daß dort ein Mann, auch wenn er gar keine Pacht zahle, nicht bestehen könne. Es sei nicht gerecht, wenn die Stadt sich an dem Schaden des Mannes bereichere.

Stadt. W. A. Roth: Wir haben dem Manne schon früher Stundung bewilligt und ihm dann nahegelegt, auf den Vertrag zu verzichten, wenn er sich auf dieser Stelle nicht ernähren könne; das hat er aber stets abgelehnt, weil sein ganzes Vermögen in dem Inventarium steck. Auch wenn wir die äußerste Milde walten ließen, das Mietverhältnis müßte doch einmal seine Endschafft haben. Die Verpfändung der Kaution ist keine Härte; wir können doch nicht die Verwaltung aufhalten, bis der Mann alle Inkassos erschöpft hat. Auch kann der Mann an den paar tausend Mark preussischer Staatspapiere nicht 200 M. verloren haben. Dem Verhältnis der Kollegialität sind wir auch nicht schuldig geblieben. Bei der Auflösung des Vertrages werden wir gewiß zu theilweisem oder auch gänzlichem Erlaß bereit sein; aber wir können dem Manne doch nicht länger städtisches Eigentum unentgeltlich überlassen.

Stadt. Heilmann ist auch für Abweisung des Petenten, an dem die Stadt schon ein Opfer von ca. 15 000 M. gebracht habe. Daß der Mann „hineingefallen“ sei, sei bedauerlich; dafür könne aber die Stadt nicht.

Stadt. S. A. D. W. I. G. meint gleichfalls, daß keine Veranlassung vorliege, auf den Erlaß einzugehen. Man dürfe das prinzipiell nicht thun; wenn der Petent sich bei einer geschäftlichen Kalkulation getrennt habe, so theile er dieses Schicksal mit vielen.

Stadt. S. D. W. I. G. bemerkt gegen den Vorredner, daß die Versammlung schon mehrfach in ähnlicher Weise Mietverträge aufgehoben habe, verweigert aber gleichzeitig den Ausschuss und die Verwaltung dagegen, als ob sie mit Recht der Härte beschuldigt werden könnten. Es sei korrekt und nobel verfahren worden.

Stadt. Singer: Einen Vorwurf gegen den Ausschuss zu erheben, kann uns gar nicht in den Sinn kommen. Ich verlange lediglich, daß die Versammlung aus Billigkeitsgründen die Petition befürworte. Nach Lage der Dinge ist es ein nobles officium der Stadt, dem Manne entgegenzukommen. Das Kuratorium kann ihn ja einfach unter Niederschlagung des Mietüberlasses aus dem Mietverhältnis entlassen. Auf dem Standpunkt des Herrn Badewig steht die Versammlung nicht, solche Dinge werden hier anders aufgefäßt, als in der Gerichtsstube.

Stadt. Spinoia bittet nochmals, die Angelegenheit nicht nach dem strengen Recht oder nach den fiskalischen Grundsätzen, sondern nach den Rücksichten der Humanität zu entscheiden.

Der Antrag Singer wird abgelehnt, der Ausschussantrag angenommen.

Ueber die Petitionen eines jetzt 72jährigen früheren Hilfsarbeiters beim Einkommensteuerbureau um Erhöhung der ihm gewährten laufenden Unterstützung geht die Versammlung zur Tagesordnung über, desgl. über die Petition eines Kaufmanns um Zurückzahlung von durch Doppelbesteuerung veranlaßter zweifach gezahlter Einkommensteuer für das Staatsjahr 1892/93.

Das Komitee der 1892er Ausstellung von Wohnungseinrichtungen und verwandter Gewerbe hat sich wegen Erlasses der für Wasser- und Gasverbrauch während der stattgehabten Ausstellung zu zahlenden Beiträge abermals petitionierend an die Versammlung gewandt, da der Magistrat das Gesuch, welches die Versammlung schon am 20. September v. J. demselben zur Berücksichtigung empfohlen hatte, ohne Abgabe von Gründen wiederum abschlägig beschieden hat. Der Ausschuss beantragt, bei dem früheren Votum stehen zu bleiben und die Petition dem Magistrat wiederum zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Versammlung beschließt demgemäß ohne Diskussion.

Nach Beschluß der Versammlung vom 28. März cr. war der Magistrat um Auskunft über den Sachverhalt bezüglich des Widerspruches der Synodal-Kirchen-Gemeinde gegen die von der Firma Siemens u. Halske projektierte elektrische Hochbahn erfucht worden. Unterm 13. Juni erwidert der Magistrat, daß nach einer ihm unterm 29. Mai „von bestunterrichteter Stelle“ zugegangenen Nachricht durch Rabinetsordre der Einspruch der Kirchengemeinde zurückgewiesen und der Bau der Hochbahn ohne besondere erschwere Bedingungen genehmigt worden ist. — Inzwischen ist weiter bekannt geworden, daß die Bahn nicht bis zur Station Zoologischer Garten, sondern nur bis zum Hofendorfsplatz genehmigt worden ist.

Die Versammlung nimmt von der Mittheilung ohne Debatte Kenntnis.

Für den Ausbau der Gasanstalt in Schmargendorf werden weitere 1 401 900 M. zur Verfügung gestellt.

Zur Verlegung der städtischen Heimstätte zu Blankenfelde auch mit anderen Konvaleszenten als Wöchnerinnen unterbreitet der Magistrat der Versammlung eine Reihe von Vorschlägen und ersucht dieselbe, sie möge sich damit einverstanden erklären, daß: 1. die Heimstätte für Brustkranke in Malchow in Zukunft in ihrem ganzen Umfange nur mit tuberkulösen erkrankten Männern belegt wird, 2. in die Heimstätte zu Blankenfelde a u h e r Wöchnerinnen auch tuberkulöse Frauen und, wenn in dem für Wöchnerinnen bestimmten Theile Plätze hierfür frei sind, auch Konvaleszente Kinder im Alter von 8 bis 10 Jahren aufgenommen werden, 3. daß Kuratorium der städtischen Heimstätten für Gensende berechtigt ist, bei eintretendem Bedürfnis die Anstalt in Blankenfelde aus-

schließlich und in ihrem ganzen Umfange mit tuberkulösen Frauen zu belegen und alsdann die Wöchnerinnen mit in die Heimstätte für genesende weibliche Personen in Blankenfelde aufzunehmen, 4. die Kosten, die durch die veränderten Dispositionen hinsichtlich der Heimstätten in Malchow und Blankenfelde für bauliche Arbeiten und Inventarankäufe entstehen, bis zu dem Betrage von 7500 M. aus dem für unvorhergesehene Ausgaben bestimmten Fonds von 500 000 M. entnommen werden, 5. der Kostenbetrag für die Verpflegung eines Kindes in einer städtischen Heimstätte auf 1,50 M. auf den Tag festgesetzt wird.

Zur Begründung dieser Vorlage wird bemerkt, daß es sich darum handle, die Blankenfelder Heimstätte für genesende Wöchnerinnen, die bisher nur sehr schwach belegt war und im vorigen Herbst geschlossen werden mußte, in ihrem ganzen Umfange der Fürsorge für Konvaleszenten nutzbar zu machen. Die Aufnahme von Wöchnerinnen scheiterte gewöhnlich an der Kostenfrage, da die Krankenträger grundsätzlich die Uebernahme von Verpflegungskosten für genesende Wöchnerinnen ablehnten und die Wöchnerinnen selbst die Kosten nicht aufbringen könnten, die verheirateten Wöchnerinnen auch schwer aus mehrere Wochen von ihrem Haushalt abkömmlich seien, da der Mann für eine geeignete Vertretung in der Wirtschaft nicht zu sorgen vermöge. Nach der Ansicht des Magistrats sind freistellen die erste Bedingung für die Lebenskraft einer Wöchnerinnen-Pflegeanstalt, und solche sollen in größerem Umfange als bisher an bedürftige Wöchnerinnen vergeben werden, da hierzu die Zinsen aus dem von der Kaiserin überwiesenen Betrag von 100 000 M. aus dem Uebersehug der Schloßfreihofs-Lotterie, die Zinsen der Stiftung des Dr. Schöffers in Potsdam mit einem Kapital von 100 000 M., der vom Kommerzienrat Wronz überwiesenen Fonds von 20 000 M. und der jährlich im Etat ausgeworfene Betrag von 2000 M. zur Verfügung stehen. Außerdem hat der Verpflegungsfall eine Herabsetzung von 2,85 auf 2 M. täglich erfahren. Nach den bisherigen praktischen Erfahrungen genügen aber bis auf weiteres 15 Betten für die öffentliche Wöchnerinnenpflege, während in Blankenfelde 60 vorhanden sind. Demgemäß sollen hier in Zukunft auch tuberkulöse Frauen und Kinder aufgenommen und die Anstalt für Brustkranke in Malchow, welche zur Aufnahme von 48 Männern und 48 Frauen eingerichtet ist, nur noch mit Männern belegt werden, da die Aufnahme männlicher Tuberkulöser in immer stärkerer Maße nachgesucht, dagegen die Frauenstation in erheblich geringerem Maße in Anspruch genommen wird.

Stadt. Dr. J. A. D. I. G. ist nicht betriebligt, sie scheint mir mehr einen Rückschritt als einen Fortschritt zu bedeuten. Die Schwindsucht ist von der Wissenschaft als eine ansteckende Krankheit erachtet, und dieser Thatsache wird direkt ins Gesicht geschlagen, wenn, wie hier projektiert, Kranke und Gesunde zusammengelegt werden sollen. Die vorgesehene räumliche Trennung wird eine Veräberung beider Kategorien ausschließen, heißt es in der Vorlage; aber dann kann sie nur aus Kosten der Annehmlichkeiten der Insassen erfolgen. Würde man Maßregeln, wie die Fernanwendung eines Gartens durch einen Zaun, auch bei einem Sanatorium für Lungentranke der besagten Klassen anführen? Wir haben aber gerade zu fordern, daß auch die Anstalten für die Beschäftigten nach allen den Ansprüchen der Hygiene eingerichtet werden, die man für jene berücksichtigt. Ich bitte daher die Vorlage in einem Ausschusse näher zu prüfen. Ich habe f. Z. die Anregung zur Umwandlung der Blankenfelder Anstalt gegeben, ich schlug vor, sie in ein weibliches Wöchnerinnen- und Stuglingsasyl zu verwandeln, wie ein solches bei Breslau existirt. Magistrat und Versammlung scheuten aber die Kosten. Die Kostenaufschlagfrage wird auch bei der vorgeschlagenen neuen Einrichtung in Zukunft ebenso liegen wie bisher. Die Klassen werden keine Wöchnerinnen hinaussetzen, die Legate genügen nicht, da sie engherziger Weite hauptsächlich Verheirateten zu gute kommen sollen, während die Gesundheitspflege einen Unterschied zwischen diesen und unehelichen Wöchnerinnen nicht kennt oder höchstens zu gunsten der viel hilfsbedürftigeren letzteren Kategorie. Ohne diese Legate würde der Magistrat die Anstalt einfach eingehen lassen. Man sollte also ein Asyl daraus machen, dann aber auch die Kosten tragen. Wenn ein Bedürfnis liegt vor, und es scheint mir nicht ganz würdig, erst an weitere Wohlthäter zu appelliren, die noch fehlen und das öffentliche Bedürfnis decken sollen. Es ist Sache der Gemeinde, in solchem Falle die Kosten zu tragen, die Gesellschaft würde dann nur ihre Pflicht thun, nicht den beschlossenen Klassen eine Wohlthat erweisen, gäbe sie doch bloß in Dörfen zurück, was vorher in Scheffeln genommen wurde (Unruhe). Wollen Sie aber das Asyl nicht, dann lassen Sie die Idee ganz fallen und errichten Sie eine Station für weibliche Lungentranke. Nach den Erfahrungen in Malchow sollte doch auch recht schnell an die Errichtung einer Heilanstalt für Lungentranke gegangen werden. Dort sind bei allen in den ersten Stadien der Krankheit Befindlichen ganz außerordentliche Erfolge erzielt worden. Was ist denn übrigens mit der Bleichröder'schen Anstalt geschehen, die doch für diesen Zweck hergegeben war?

Stadt. Dr. S. A. D. W. I. G. Die räumliche Trennung der Kranken und Gesunden soll in striktester Weise durchgeführt werden. Kapazitäten wie Wirschow haben erklärt, daß gegen das Zusammenlegen beider Kategorien absolut kein Bedenken obwaltet. Die Trennung der Gärten für männliche und weibliche Kranke, wie sie in Malchow besteht, ist eine sehr wohlthätige Maßregel, weil es nicht zweckmäßig wäre, tuberkulöse Männer und Frauen in einem Garten zusammenzulassen.

Stadt. Spinoia: Die sozialdemokratischen Deklamationen des Herrn Jabel werden wohl keinen Eindruck auf die Versammlung machen. Ich bitte, die Vorlage einfach anzunehmen und, was Herr Jabel sonst vorgebracht hat, der Zukunft zu überlassen. Auch im Institut für Injektionskranke liegen solche Kranke zusammen, und Professor Koch hat gar kein Bedenken dagegen.

Stadt. J. A. D. I. G.: Wie ist doch zweifelhaft, ob noch irgend ein Mensch, wie er in Blankenfelde Platz greifen soll, sein Ja so anstandslos hergeben würde. Gewiß kann strenge Isolierung die Ansteckung verhindern, aber für die Insassen ist solche Isolierung nichts weniger als angenehm. In Malchow müßten die Männer sich in einem viel zu kleinen eingezäunten Stück Garten bewegen, und empfinden das lebhaft als großen Uebelstand. Gerade weil man die Verheirateten nicht hinausbekommt, müssen die Vorgesetzten der Anstalt auch den unehelichen Wöchnerinnen mehr zugewandt werden.

Der Antrag Jabel wird abgelehnt, die Vorlage gelangt unverändert zur Annahme.

Bezüglich der Festsetzung der Ferien für die höheren Lehranstalten Berlins hat der Kultusminister den Antrag des Magistrats auf Abänderung des Termins der Sommerferien abgelehnt, so daß dieselben diesmal in die Zeit vom 14. Juli bis 22. August fallen. Die Michaelisferien dagegen sind verlegt worden, daß sie vom 30. September bis 12. Oktober egl. dauern sollen.

Stadt. S. A. D. W. I. G. bittet den Magistrat, seine Bemühungen um eine Früherlegung der Sommerferien auch im nächsten Jahre beim Kultusminister kräftig geltend zu machen, da die Liebeskinder, die aus der Verkürzung des Restes des Sommersemesters sich ergeben, ganz außerordentlich störend seien.

Zur Festsetzung von Fluchtlinien für eine neue Verbindung der Straße 44 mit dem Weidenwege anzulegende Straße hat der Magistrat der Versammlung das Projekt zur Genehmigung vorgelegt.

Mit der Gemeinde Neu-Weißensee soll über die Zuführung und Puerung von Wasser aus den städtischen Wasserwerken ein Vertrag abgeschlossen werden. Der Preis für das zu liefernde Wasser soll 17 Pf. pro Kubikmeter betragen. Der Vertrag soll zwei Jahre nach von einer Seite erfolgter Kündigung erlöschen.

Der Bau der ersten Hälfte der neuen Wasser-

werks-Anlagen am Müggelsee und in Lichtenberg ist soweit vorgeschritten, daß ein Theil der Anlagen wahrscheinlich schon anfangs Juli d. J. in Betrieb wird gesetzt werden können. Die städtischen Wasserwerke werden alsdann 230 800 Kubikmeter Wasser pro 24 Stunden in die Stadt zu fördern in der Lage sein. Der Maximaltagverbrauch an Wasser betrug im Jahre 1892 182 196 Kubikmeter. Derselbe wird sich voraussichtlich in diesem Jahre auf 194 000 Kubikmeter bis 200 000 Kubikmeter erhöhen und ist dann nur noch eine weitere Zunahme des Wasserbedarfs um 80 800 Kubikmeter erforderlich, um die Grenze der Normalleistungsfähigkeit der vorhandenen Werke erreicht zu haben. Da dieser Zeitpunkt in nicht langer Zeit eintreten dürfte, so soll noch der Fertigstellung der ersten Hälfte der Anlagen am Müggelsee und in Lichtenberg sofort mit dem Bau des ersten Theils der zweiten Hälfte dieser Anlagen begonnen werden.

Zum Ankauf von Baumaterialien, Schiebern und Röhren soll die Versammlung, obwohl die detaillirten Pläne und Kostenanschläge erst 1894 vorgelegt werden können, schon jetzt 600 000 M. aus Anleihemitteln bewilligen.

Die Vorlage wird genehmigt. Mit Rücksicht auf das fortgeschrittene Anwachsen der Bevölkerung Berlins und der fortschreitenden Vergrößerung des städtischen Verwaltungs-Apparates soll das „rothe Buch“, welches den Nachweis sämtlicher in der Gemeindeverwaltung angelegten Personen enthält, in Zukunft alljährlich erscheinen. Der bisherige Inhalt soll im allgemeinen beibehalten werden. Form und Ausstattung jedoch eine Aenderung erfahren. Der nächste Neudruck soll noch im Laufe des Staatsjahres 1893/94 erfolgen; die Kosten werden in Höhe von 8000 M. aus dem Dispositionsquantum von 500 000 M. bewilligt.

Zu dem auf dem Grundstück Thurmsr. 30 zu errichtenden Bau einer städtischen höheren Töchter-Schule — Dorotheenschule — soll auch das den Vorh'schen Erben gehörige Grundstück Wilhelmshavenstr. 1—3 theilweise mitverwendet werden. Der Magistrat schlägt daher vor, den bez. Terrainstreifen von 1537 Quadratmetern zum Preise von 100 M. pro Quadratmeter zu erwerben.

Nach kurzer Besprechung durch den Stadt. Sach. I., der sich namentlich gegen eine falsche Darstellung der Entscheidung der Vorlage und der Vortheile derselben in der „Volks-Zeitung“ wendet, wird die Vorlage angenommen.

Zur Beschaffung der Mobilitäten für die in dem neuen Armaturenbau einzurichtenden Büroräume der Armdirektion sind im Etat 75 000 M. ausgeworfen. Der Kostenanschlag, den jetzt der Magistrat zur Prüfung und Genehmigung vorlegt, schließt mit 72 000 M. ab, welche zur Verfügung gestellt werden.

Schluß 7 Uhr.

Tokales.

An die Berliner Parteigenossen! Zur Unterstüzung bei den Wahlarbeiten ersuchen wir alle Genossen, denen es möglich ist, sich an Wahltagen von der Arbeit frei zu machen, sich uns

Sonnabend früh 7 Uhr

in folgenden Lokalen zur Verfügung zu stellen:

1. Wahlkreis: Zrieschmann, Jüdenstr. 55.
2. Wahlkreis: Soda Brauerei, Tempelhofer Berg.
3. Wahlkreis: Gröndel, Dredeckerstr. 116.
5. Wahlkreis: Pyrtel, Dipsstr. 8.

Ganz besonders richten wir diese Aufforderung an die selbständigen Gewerbetreibenden, die sich zu unserer Partei rechnen und die ja nicht wie die Arbeiter Maßregelungen zu befürchten haben.

Die Vertrauensleute Berlins.

Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Alle Parteigenossen, besonders derjenigen Kreise, welche keine Stichwahlen durchzumachen haben, und gemüthlich sind, am Tage der Stichwahl im zweiten Wahlkreis mitzubekommen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen von 7 1/2 Uhr Morgens ab einzufinden: Central-Bureau Soda Brauerei (Tempelhofer Berg).

1. Wahl-Bureau bei H. Werner, Wilmsstr. 69.
2. Leopold, Marktgrafenstr. 89.
3. Kopp, Fichtestr. 29.

Das Wahl-Komitee.

An die Vertrauensleute und Parteigenossen des Teltow-Beeskow-Storlower Wahlkreises!

Parteigenossen!

Da die Stichwahl bereits am Sonnabend, den 24. Juni, stattfindet, so gilt es überall schnell zu handeln. Das Central-Wahlkomitee unseres Kreises hat seinen Centralstich in Berlin, Raunynstr. 86 bei Jubel, und ist während der Wahlzeit den ganzen Tag durch zwei Mitglieder vertreten; die Genossen werden daher ersucht, überall dort, wo noch Versammlungen stattfinden sollen, dies sofort dem Central-Komitee zu übermitteln. Gleichzeitig werden die Genossen ersucht, in der Referentenfrage sich direkt an das Komitee zu wenden; desgleichen haben die Genossen, welche Ortschaften mit Flugblättern und Stimmzetteln allein belegen wollen, dies sofort zu übermitteln, sowie das Resultat der Wahl gleich per Telegramm an Jubel, Raunynstr. 86, einzusenden.

Das Central-Wahlkomitee.

J. A.: Heinrich Böstert.

Achtung! Zur Stichwahl in Niederbarnim! Die Parteigenossen des Kreises, welche am 24. Juni, dem Tage der Stichwahl, hiesig wohnen, wollen sich bei den Vertrauenspersonen ihres Ortes fakultativ melden. Fahrgehalt und Zehrungskosten werden erstattet.

An das Solidaritätsgefühl der Berliner Genossen richten wir die Bitte, uns in unserem schweren Kampfe nach Kräften zu unterstützen, um trotz aller Wahlbündnisse und Wahlbeeinflussungen seitens unserer Gegner der rothen Fahne in Niederbarnim zum abermaligen Siege zu verhelfen.

Den Genossen des Kreises theilen wir mit, daß alle Mittheilungen über das Wahlergebnis am 24. Juni an Oskar Schulze zu Friedrichsberg, Friedrichsstr. 34, abgegeben sind. Derselben müssen jedoch ausschließlich an Emil Böhl, Frankfurter Allee 74, gerichtet werden, weil Telegrammbestellungen in Friedrichsberg nach 10 Uhr Abends nicht ausgeführt werden.

Das Central-Wahlkomitee des Kreises Niederbarnim.

J. A.: Anton Kopp, Friedrichsberg, Boghagenstr. 20.

Achtung! Diejenigen Parteigenossen, die im Kreise Oberbarnim wahlberechtigt sind, aber außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, müssen unbedingt am Tage der Stichwahl, am 24. Juni, ihr Wahlrecht ausüben. Wenn keiner fehlt, ist der Sieg unser. Das Wahlkomitee.

Die Stichwahl im Wahlkreise Brandenburg-Westhaveland findet am Sonnabend, den 24. Juni, statt. Alle sich außerhalb ihres Wahlbezirks aufhaltenden Genossen werden gebeten, ihr Wahlrecht auszuüben.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Wahlkreis Juch-Weißig-Füterberg-Ludowalder. Parteigenossen von Berlin und Umgegend! Wenn unser Wahlkreis erobert werden soll, so liegt es eure heiligste Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß Sonnabend, den

24. Juni (am Stichtag), kein Arbeiter in der Werkstätte, in der Fabrik, auf dem Bau steht, der seinen Wohnsitz im Kreis...

Das sozialdemokratische Wahlkomitee. J. U.: Eugen Barisch.

Parteilosen, die am Sonnabend bei der Stichtwahl im Wahlkreis Ober-Barnim helfen wollen, mögen sich in der Buchhandlung des „Vormärts“, Beuthstr. 2, melden.

Frauen und Mädchen, Parteigenossinnen! Die Stichtwahlen erfordern die Anspannung aller Kräfte. Wir verweisen auf die Aufrufe der einzelnen Wahlkomitees und erwarten, daß jede gleichberechtigte Genossin am Sonnabend, den 24. Juni, sich voll und ganz in den Dienst der Partei stellt...

Die Frauen-Agitationskommission Berlins.

Dr. Baumbach, der freisinnige Kandidat des 5. Wahlbezirks, hielt in einer Versammlung der freisinnigen Wähler vorgestern eine Rede, wobei er seine sozialreformatorische Tätigkeit im Reichstoge preis. In dem Berichte des „Berliner Tageblatts“ heißt es:

„Hierbei wies Herr Dr. Baumbach den Vorwurf, daß er in einer Reichstagsrede in „byzantinischer Weise auf das Erlernen eines Handwerks durch die Hohenzollern Bezug genommen, energisch zurück, ebenso den allgemeinen Vorwurf in sozialdemokratischen Flugblättern, daß er überhaupt ein „byzantinischer Mensch“, ein „Höfling“ sei.“

Aus dem Teltow-Weesow-Charlottenburger Wahlkreis wird uns folgende Satyre auf das konservativ-fromme Flugblatt eingesandt:

- Der Segen des Himmels, je nach dem Ausfall der Wahlen. (Aus den Prophezeiungen des Sperenberger Kirchspiel-Komitees.) Wahlkreis, in welchem Stöcker, Prachtvolle Ernte; Weizen trägt Herr v. Hammerstein und Genossen gewählt werden: Wsch; viermalige Heuernte.

Gegen die staatsumstürzende internationale Sozialdemokratie mündet sich das freisinnige Wahlflugblatt des 3. Reichstags-Wahlkreises. Daß das Flugblatt die Eugen Richter'schen Ansichten ausdrückt, wollen wir ihm nachsehen, aber es leistet sich auch noch folgenden Satz:

„Die Sozialisten wollen durch Aufhebung des Reichstages das Vaterland schmutzig den gerähteten Feinden preisgeben.“

Man sieht, der „Freisinn“ will seine Niederlage noch mit der eigenen Schande überbieten. Pfl!

Unglücklich ist jeder Stimmzettel, auf welchem sich irgend eine Bemerkung oder irgend ein Vermerk befindet. Der Stimmzettel darf nicht weiter wie den Namen, Stand und Wohnung des Kandidaten enthalten.

„Seht ihr nicht, wie Gott euch seinen besuchenden Regen vorenthält, euren Roggen verkrümmern, eure Wiesen verdorren, euer Vieh verhungern und darben läßt, weil der rächende Gott unwillig seine fürsorgliche Hand wegen eurer gegenwärtigen Verirrung von euch wegwenden?“

Wiso heißt es in dem neuesten Flugblatt, das für die Wahl des Oberamtmanns Ring im Wahlkreise Teltow-Weesow-Charlottenburger verbreitet wird. Es ist dieses die neueste Art der Wahlagitatio, Gott in Person für die Militärvorlage agitativ zu lassen.

Ihr den Horn Gottes und Mißwachs und Pestilenz von ihrer Ablehnung abhängig macht? Oder heiligt bei euch auch der „gute“ Zweck jedes Mittel, auch Lüge, Verleumdung und Bloßpönie? Aber verfehlt die Antwort nicht bis nach der Wahl, sonst seid ihr Mitschuldige der Verfasser jenes frommen Flugblattes, die offen bekunden:

Gegen Sozialdemokraten ist jedes Mittel, und sei es noch so schäbig, erlaubt!

Wie und aus Weiskense mitgeteilt wird, verüben gegenwärtig die Gegner der Sozialdemokratie dort folgenden Coup. Sie reden Leuten, von denen sie annehmen, daß sie nicht reaktionär stimmen werden, die Mär ein, daß der Stimmzettel außer den Namen des Kandidaten auch noch die Nummer der Wählerliste enthalten müsse, in welche der betreffende Wähler eingetragen ist.

Ein großer Brand wüthete vorgestern Abend auf dem Holzplatze von H. Sauerlandt Nachfolger Pöhting u. Co., der zum Theil auf Rixdorfer, zum Theil auf Treptower Gelände am Pöhmühlenweg liegt. Der etwa 5 Morgen große Komplex birgt Schaalbretter, Kanthölzer und geschnittene Balken im ungefähren Schätzungswert von 500 000 M.

In dem Wirthshaus von Blum, Kanonierstr. 26, ist gestern Abend um 8 1/2 Uhr ein unbekannter Mann plötzlich gestorben. Kaum hatte er die Wirthschaft betreten, als er an einen Tisch herantastete und dann zu Boden fiel.

Ein tödtlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag um 4 Uhr in einer im Südwesten Berlins belegenen Truderei. Der dort beschäftigte 16 Jahre alte Lausitzer Rudolf Helm, der Hagelsbergerstr. 27 bei seiner Mutter, der Witwe Hein, wohnte, kam aus eigener Unvorsichtigkeit dem Rohrstuhlgeschäft zu nahe und stürzte aus der Höhe des zweiten Stockes in das Kellergerüst hinab.

Polizeibericht. Am 20. d. M. Nachmittags fiel ein Dachdecker auf dem Kohlenplatze Gdelerstr. 30 beim Theeren eines Taches etwa zwei Meter hoch von einer Leiter und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er in der darauf folgenden Nacht starb.

Zur Katastrophe in Schneidemühl. Ueber die Entstehung der Bodenstörung in Schneidemühl als Folge der Anlage eines artesischen Brunnens berichtet das „Schneidemühler Tageblatt“ u. a.: „An der Stelle, wo jetzt der artesische Brunnen seinen Ausfluß hat, befand sich seit Jahrzehnten ein Brunnen, dessen Wasser aber den sanitären Anforderungen nicht entsprechend gefunden wurde.“

Vermischtes.

Zur Katastrophe in Schneidemühl. Ueber die Entstehung der Bodenstörung in Schneidemühl als Folge der Anlage eines artesischen Brunnens berichtet das „Schneidemühler Tageblatt“ u. a.: „An der Stelle, wo jetzt der artesische Brunnen seinen Ausfluß hat, befand sich seit Jahrzehnten ein Brunnen, dessen Wasser aber den sanitären Anforderungen nicht entsprechend gefunden wurde.“

Am 28. Mai entschloß man sich, das Rohr herauszuziehen und das Bohrlöcher durch Sandfäcke, Steine und Dunge zu verstopfen, was aber ohne jeglichen Erfolg blieb. Inzwischen machten sich auch die Unterspaltungen an den Häusern bemerkbar, es trüferte unheimlich in den nächstgelegenen Häusern und zeigten sich Risse, die von Tag zu Tag größer wurden.

beiter gerade Besper, wäre die Senkung während der Arbeitszeit eingetretten, so würde das Leben vieler gefährdet gewesen sein. In letzter Nacht gerieth das dritte Rohr auf Steine, die selbst der Steinbohrer nicht beseitigen konnte.

Inzwischen hat sich die Situation von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde bedenklicher gestaltet. Nachdem am Sonntag Vormittag das Straubel'sche Hinterhaus eingestürzt, begann am Montag das Vorderhaus zu stürzen. Strimmassen lösten sich von Zeit zu Zeit los, durch den starken Druck des Hauses sind die Mauersteine in kleine Stücke gebrochen.

Die durch den Brunnenbau hervorgerufene Erdsenkung beträgt bereits 1 Meter. Zerstört sind 23 Häuser, 80 Familien mußten ihre Wohnungen räumen. Pioniere sind zur Hilfeleistung eingetroffen. Heute früh stürzte das Straubel'sche Haus ein, jeden Augenblick wird der Einsturz anderer Häuser in der großen und der kleinen Kirchenstraße erwartet.

Der „Volks-Zeitung“ wird noch berichtet: Nach vorgenommenen Messungen beträgt der Gehalt nur noch ein Prozent, so daß auf Abnahme der Erdsenkungen gerechnet werden kann. Oberbergath Freund und Oberregierungsath Kummer aus Berlin hielten heute mit den bisherigen Bauleitern eine Konferenz ab, in welcher beschlossen wurde, den Brunnen auf mehrere Tage zu schließen, um zu sehen, ob sich das Wasser beruhigen wird.

Nach einer Meldung der „Pofener Zeitung“ aus Schneidemühl von heute hat der Brunnenmeister Bayer den Brunnen geschlossen. Derselbe wird von Zeit zu Zeit geöffnet, um das Wasser ablaufen zu lassen. Das Gebiet der Bodenstörungen hat sich nicht erweitert.

In Augsburg ist am 21. Juni der Kaufmännler Kranzer hingerichtet worden. Er hatte fest auf seine Begnadigung gehofft.

Aus Czernowitz wird gemeldet: Infolge eines Wollensbrandes ist der Pölowebach bei Storzognetz ausgebrannt, hat die Offenbahnbrücke und die Brücke der Reichstraße weggerissen und 8 Häuser fortgeschwemmt.

Die Stadt Gibson in Neu-Braunschweig in America ist zur Hälfte durch Feuer zerstört worden. Menschen sind zum Glück nicht ungetoumen.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vormärts“.

Lübeck, 22. Juni. In der heutigen Stichtwahl ist der Kompromißkandidat Böck mit 8024 Stimmen zum Reichstags-Abgeordneten gewählt worden. Schwarz erhielt 7870 Stimmen.

Breslau, 22. Juni. Die „Schlesische Volkszeitung“, das Hauptorgan des Zentrums in Schlesien, fordert die katholischen Wähler auf, in den Stichtwahlen überall für die Konservativen gegen die Freisinnigen und die Sozialdemokraten zu stimmen. Eine Kartellmehrheit sei ausgeschlossen. Für Zentrumswähler Schlesiens gäbe es keine andere Parole als „gegen Freisinn und Sozialdemokratie“.

Stuttgart, 22. Juni. Die der „Staats-Anzeiger“ für Württemberg meldet, ging die gestern hier abgehaltene Versammlung, welche zur Veranlassung von Vorklebrungen gegen die Futtermittel zusammenberufen worden war, davon aus, daß zunächst die Gemeinden in Aktion treten müßten, und daß erst in zweiter Linie der Staat Vorschläge gewähre.

Paris, 22. Juni. In dem Berichte der Doktoren Charcot und Brouardel, welche von der Regierung nach Vorentscheid zur Untersuchung des Gesundheitszustandes von Cornelius Herz entsendet waren, wird konstatiert, daß Herz nicht reisefähig ist.

Die Minister Dupuy und Deville lehnten es ab, von Millevoje die in den Blättern besprochenen Schriftstücke entgegenzunehmen und darüber weitere Mittheilungen zu empfangen. Dupuy erklärte im Namen der Regierung, daß er es ablehne, in seinen Händen oder selbst nur vor Augen Schriftstücke zu haben, die einer besprochenen Nacht entwendet sein sollen; er wolle weder ein derartiges Vorgehen benutzen, noch irgend eine Unsicherheit bei den Vorgesetzten aufkommen lassen, die zu der französischen Regierung in Beziehung stehen.

Wien, 22. Juni. Das „N. Z.“ läßt sich aus Berlin melden, daß die Reichsregierung beschlossen habe, wegen der Erfolge der Agrarier bei den Reichstagswahlen, sowie wegen des Vorkommens, den belangigenden Fortschritten der Sozialdemokratie auf dem platten Lande erfolgreich entgegenzutreten, die ländlichen Interessen durch gesetzgeberische Maßregeln zu fördern.

Paris, 22. Juni. Der Anarchist Martinet, welcher zu 20 Jahren verurtheilt worden ist, wurde gestern, nachdem er 15 Monate gefesselt, aus der Haft entlassen.

Briefkasten der Redaktion.

P. A. Kommen Sie Vormittags zwischen 11 und 12 oder Nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr. W., Klevenzig. Um Verhättnissen zu vermeiden, müßten wir erst die näheren Umstände der Entlassung des Brauer kennen. Veranlassen Sie diesen doch, sich an das in Mainz erscheinende „Gefährten-Buchblatt“, „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, wendend. Derartige Vorkommnisse gehören zunächst in die Briefblätter. M. R. I. Ja. 2. Nein. 3. Nein. R. S., Württemberg. Da Jens sich weigerte, lag Ihnen keine Pflicht ob.

§. 150. 12-18 Mark, falls kein höheres Honorar vereinbart ist.
§. 100. An die Verwandten haben Sie nichts herauszugeben.
§. 101. Die Namen auf dem Wahlschein können auch mit Blei durchstrichen werden, in dessen ist Tinte zweckmäßiger.
§. 102. Das Zurückbehaltungsrecht hat sie nicht.
§. 103. Eröffnung des Testaments kann sofort nach dem Tode bei dem Gericht beantragt werden; eine Frist existiert nicht.
§. 104. Das genügt nicht, um die Wahl mit Erfolg anzufechten.
§. 105. Stellen Sie den Briefträger zur Rede oder führen Sie event. bei der vorgesetzten Behörde Beschwerde.
§. 106. Parteilassirer ist Genosse Gerisch.
§. 107. Wenn der Sohn unter 7 Jahre alt ist, so sind Sie schadenersatzpflichtig, sonst nicht.
§. 108. Büchlingstraße. **§. 109.** Eventuell liegt Betrug vor: Die Anzeige muß an die Staatsanwaltschaft gerichtet werden.

Briefkasten der Expedition.

In unserer Expedition gingen zum Wahlsond's fernere folgende Beträge ein:
 C. Feinke, Kunststalt, 2. Rate 1,55. Streitlöse aus dem Brunwald 4,30. Drei Schwertfeger, Marienstr. 3.—. Die grünen Jungen vom Statthalb „Null Namsch“ aus der Schwedterstraße 7.—. Liebert, Gartenstr. 66, 2. Rate 4.—. Gef. in der Goldleiten. Fabrik Adolf Werkmeister, Schmidstraße, 2. Rate 19,35. Personal von Maurer u. Dimmich 10.—. Von einem Zintenleser Stralauerstr. 43 2.—. Gesangverein „Deutscher Männerchor“, 2. Rate 22.—. Maler Schneiders zu Richter's Pensionsfonds 5,50. Von einem Schumann und zwei Sozi durch Betisch 3,50. Von den roten Facadenputzern vom Bau Potsdamerstr. 28 10.—. Vd. Müller'sche Wertstelle, Koppenstr. 77 2.—. Vorstandsmitglieder des Senefelder Bundes 11.—. Ein Droschkentischer, Hüdorf 1.—. Humoristische Pfeifenbrüder, Storch extra 1 Groschen 5,10. Zahnarzt S. 20.—. Werkstatt von Grüber, Franzstr. 55, 6.—. Theaterverein „Morgenrot“ 3,30. Zum Grabdenkmal für die freisinnige Volks-

partei 1,30. Buchdruckerei G., 4. Rate, 2,80. Tischlerwerkstätte Fruchtstr. 75 3,75. P. v. H. 5.—. G. H. 1.—. Bäckerei-Abt. Brn.-Str. 178 2,50. C. Tsch. 2. Rate 4,35. Mehrere grüne Jungen aus der Wriezenerstr. 10 6,40. H. L. 1.—. P. L. 10.—. Dr. L. A. letztes Aufgebot 200.—. Von den Maurern von Theichfischer 12,10. Tischlerei C. Werth 6.—. Scherlein zur Stichwahl von einem grünen Jungen à la Frege 10.—. Von den Barnsdorfer Genossen 16,50. Genossen aus Jermersleben und Westerbüsen 100.—. Carl Zwisdieler 5.—. Die Lithographen von W. 2.—. Falstaff's steinerne Löcher aus dem Pennbruderverein 8,60. Von 2 Sozialisten aus Roermond 5.—. Vereinte Sangesbrüder Noack vom Frühkonzert 1. Pfingstfeiertag 20.—. Gesangverein Mazie (Dem Chor) 3,80. 8 rote Bandagisten Dresdenerstr. 2. Rate, Adresse verlegt, deshalb so spät 4.—. Eine sog. Lehrerin nochmals zum Wahlsond's 2.—. Ein rother Buchdrucker 0,75. Gesammelt von den Genossen im Ausbau Eisenbahnstr. 35 durch W. Bruha 8.—.
 Summa 582,45 M. Bereits quittirt 12 819,70 M.; in Summa 13 402,15 M.

Der Kuhhandel.

Zur Wahl 1893. Preis 10 Pf. 32 Seiten illustriert. Zu beziehen durch alle Spediteure u. Kolporteurs, sowie vom Verlag: H. Baake, City-Passage. [4268L*]

Sonnabend

erscheint bei H. Baake, City-Passage: **Gekrönte Häupter.** Preis 20 Pfennig. Zur Naturgeschichte des Absolutismus Katharina II. von Russland. 64 Seiten.

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus Katharina II. von Russland. 64 Seiten. — Preis 20 Pf. Zu beziehen durch alle Spediteure, Kolporteurs und Parteibuchhandlungen, sowie v. Verlag: H. Baake, City-Passage.

Schmutzige Wäsche

wird nicht mehr gewaschen.



Kroner's selbstthätiges Waschmittel!
 In Stücken!
 Nur echt mit dieser Schutzmarke!
 Kroner's selbstthätiges Waschmittel ist eine neue Erfindung, welche binnen Kurzem die ganze bisherige Handhabung der Hauswäsche über den Haufen werfen wird. Kroner's selbstthätiges Waschmittel reduziert die Arbeit bei der Wäsche auf das allergeringste Maas.
Zeitersparniss. Arbeitersparniss. Schonung der Wäsche.
 Preis pro Packet, enthaltend 9 Würfel, 25 Pf. 1 Packet reicht für 9 Eimer Wasser.
 Unser Waschmittel ist garantiert frei von allen scharfen Substanzen, Atteit des vereid. Gerichtschemikers Dr. Bein liegt jedem Packet bei.
 Zu haben in allen Drogen-, Parfümerie-, Seifen- und Kolonialwaaren-Handlungen.
Gebr. Kroner, Berlin SW., Chemische Fabrik.

Jamaica-Rum

echt Verschnitt u. Fac. Literfl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Pf. 10 Pf. billiger.
 Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literfl. M. 2,10.
 Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.
 Echt Stonsdorfer Bitter-Eisler, Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10.
 Cognac fine Champagne, 1/4 Literfl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.
Eugen Neumann & Co.,
 6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

Oranien-Bad
 Oranienstrasse 44.
 Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.
Dampfkasten-Bäder.
 Einpackung und Massage.
 Leitungswasser. 4310L*

Gr. Waldfest

Neuenfreien Volksbühne

am Sonntag, den 25. Juni, im Müggelschlösschen b. Friedrichshagen.

Händlerlager und mittelalterlicher Kostümmung (Gruppe aus dem Bauernkriege), dargestellt von Schauspielern verschiedener Theater.
Italienische Fneipe, künstlerisch arrangirt, Italienisches Konzert (Truppe Donatelli), Nationaltänze (Tarantella), Ausschank von Goldorangenwein (à Glas 15 Pf.) und Wurzbräu.
Distanzritt.
Ruderregatta des Ruderclubs „Vorwärts“ (Damentrennen, Bietertrennen u.)
Wanderfest- und Fackelzug.
Wettregeln, Spiele mit Preisen, Bücher-Verloosung, Original-Wordgeschichte, Tanzspiel im Walde.
Biesen-Feuerwerk mit lebenden Bildern (Neptun, Die Foreley), unter Mitwirkung des Gesangvereins der „Neuen freien Volksbühne“.
 Zutritt zum Festplatz haben nur Inhaber von (sichtbar zu tragenden) Festkarten.
 Festkarten à 25 Pf. an den Bahnhöfen, in der Stehbierhalle des Restaurants „Belvedere“; bei Juhnke, Jannowitzbrücke 1; in den Restaurants am Schleisschen Bahnhof und in Friedrichshagen.
 Dampfer von Jannowitz-Brücke nach „Müggelschlösschen“ zu mäßigsten Preisen. Einfache Fahrt 40 Pf., hin und zurück 60 Pf. Je 2 Kinder fahren auf ein Billet.
Der Vorstand.

Bezugnehmend auf obige Annonce erlaube ich mir, ein geehrtes Publikum dar. aufmerksam zu machen, daß ich am Tage des Waldfestes für gute Speise- und Getränke, namentlich auch für den Verkauf von Wurst- und Fleischwaren zu billigen Preisen sorgen werde.
Der Gastwirth des Müggelschlösschens.

Rixdorf.

Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ hierdurch die traurige Nachricht, daß unser braves Mitglied, der Genosse **Oskar Thiem** am 20. d. M. plötzlich am Herzschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. M., Nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Bergstr. 19 aus statt. Um rege Theilnehmung ersucht 365/16
 Der Vorstand.

Danksagung.

Für die erwiesene rege Theilnahme und Kranzpenden seitens der Maurer und Tabakarbeiter von Jahnke und Pasewalk bei der Beerdigung meines lieben Mannes und der Antheilnahme des Möbelfabrikanten Herrn **Lademann** (Firma: Hoflieferant Dittmar), sowie den Kollegen für die dargebrachten Spenden während seines schweren Krankenlagers meinen innigsten Dank.
 Clara Lungfel geb. Blachmann.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder zc.

Montag, den 3. Juli, Abends 8 Uhr, im Oranien-Salon, Oranienstraße 170:

- Außerordentliche General-Versammlung.**
 Tagesordnung:
 1. Berlesung der Protokolle.
 2. Verathung des Statuts inkl. Antrag Gehhoff betr. Statutenänderung.
 3. Wahl eines Kassenschreibers event. Ergänzungswahl eines Vorstandsmitgliedes.
 4. Feststellung des Mahngelöhrentarifs.
 5. Festsetzung der Strafen betreffend Krankenkontrolle.
 Sämmtliche Vertreter werden hiermit eingeladen. 119/16
 Der Vorstand: C. Hoffmann, Vorsitzender, Naunynstr. 38, 4 Tr.

Empfehle in reicher Auswahl Sozialistische Hausgegen und Bilder

mit und ohne Rahmen. Billigster Bezug für Wiederverkäufer. 506b
Th. Mayhofer Nachf.
 Sozialdemokratische Buchhandlung, Berlin N., Weinbergsweg 15b.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reiches Lager von ca. 1000 Sommer-Paleten, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. Hermer Uhren, Setten, Ringe, Ketten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Kräfte- u. Holzkofter, Waschkessel u. Sämmtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.
A. Wergien,
 Schneidermeister und Partihwaarenhändler, 3768L*
 127 Staligerstraße 127.

Sophastoff-Reste

in Nips, Damast, Crépe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquette spottbillig!
 Proben franko!
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.
 Kreuzschnäbel, rothe, 100 Sing- u. Hieregel bil. Schnelle, Invalidenstr. 7.

Achtung, Steinmehlen!

In der gestrigen Versammlungsanzeige muß es heißen: Vormittags 10 Uhr (statt 11 Uhr) und Johannisstraße 20 (statt 30).
Der Vertrauensmann.

Achtung! Noack's Festsäle, Brunnenstraße 18, Sonnabend, den 24. Juni:

Großes Sommerfest, veranstaltet vom Gesangverein „Vineta“, Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes, unter Leitung des Dirigenten Herrn **Seutner**.
 Konzert, ausgeführt von den Zwißbergsmusikern. Aufstehen des Gesangshumoristen Herrn **Pienik**. Während der Pausen Spezialitäten-Vorstellung. Alle Freunde und Genossen ladet freundlichst ein.
 Das Komitee.
 514b
 Billets, à 25 Pf. Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach Anfang 8 Uhr.

Knopfarbeiter!

Sonnabend, den 24. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Jöhl, Andreasstr. 21 (oberer Saal):

Öffentliche Versammlung mit Frauen.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag der Genossin Frau A. Palm über „Volksernährung und Jugenderziehung“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten der Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Eintree.
 Nach der Versammlung findet gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 193/2
 Der Einberufer.
 Das Wahleresultat wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Achtung! Kürschner!

Sonntag, den 25. Juni, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Schützenhaus, Linienstr. 5-6:

Grosse öffentl. Versammlung aller in der Pelz- und Mützenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tagesordnung:
 1. Situationsbericht über die Arbeitsniederlegung. 2. Wie stellen wir uns zu den Werkstellen, die noch nicht bewilligt haben? 3. Verschiedenes.
 Der hochwichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.
 Die Lokalkommission.

Ausflug der Arbeiter-Bildungsschule zu Berlin

nach **Gross-Lichterfelde**
 in das Lokal des Herrn Gries, Berlinerstraße Nr. 131, am Sonntag, den 25. Juni 1893.
 Abfahrt nur vom Anhalter Bahnhof von früh 9 Uhr alle 20 Minuten. Näheres in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“. 408/2
 NB. Das Lokal ist das einzige, welches die Genossen in Lichterfelde zu Versammlungen erhalten; rege Theilnehmung daher erwünscht.
 Die Kommission der WAschule.

Wenig fehlerhafte **Teppiche**
 spottbillig! Sophattepp. 3 u. 8 M.
 Saalteppiche à 25, 32, 54 u. 68.
 sonst 80-200 M. Nur wegen Klein. Fehler so billig! 2909M
Teppichfabrik E. Joseph,
 Leipzigerstr. 31 u. 46.
 Aufträge streng reell.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
 Naunynstr. 38,
C. Wunsch, n. d. Oranienplatz

Martin Klein, Uhrmacher, 8544L*
 25 Neue Hochstr. 25
 empfiehlt sein Lager aller Arten **Band- und Taschen-Uhren.**
 Reparaturen zu soliden Preisen
 Stehbier-Halle w. Todesfall sof. zu verkaufen oder z. übernehmen, 450 M.
 Meyer, Pücklerstr. 57, Hof 3 Tr.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
 am biesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!**
 Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Hofwohnung p. 1. Juli billig 2 Stb. Küche Kommandantenstr. 48, Hof rechts 3 Tr. r.
 Frdl. möbl. Schlafstelle, sep. Eingang, Gartenansicht, bei Schmidt, Michaelkirch-Platz 4, D. 3 Tr. 508b
 Eine frdl. Schlafst. f. 1. oder 2 D. Gerichstr. 58, v. 3 Tr. zu verm.
 Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 4963P*

Nach Amerika
 Australien, Afrika und überhaupt nach allen Ozeanen der Welt und zur Chicagoer Weltausstellung verkauft für Reisende billige Fahrkarten und ertheilt jede gewünschte Auskunft gratis und franko das Reisebureau von [4316L*]
Theodor Reiner, Berlin, Platz am Neuen Thor 3.
Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
 Andrassstr. 23. D. v